

Kampf der Kulturen – Kampf der Religionen?

TEIL I

In Heft 4/3801 der „Nordischen Zeitung“ habe ich in dem Beitrag „Amerikas Kreuzzug in den Dritten Weltkrieg“ vor einem Krieg in Afghanistan gewarnt, und davor, daß dies zu einem weltweiten Religionskrieg zwischen Moslems und Christen führen könne. Ich habe ferner dargelegt, daß Osama bin Laden nur ein Vorwand ist, daß es tatsächlich um den Bau einer Ölpipeline durch Afghanistan geht, um Öl und Erdgas der kaukasischen Republiken direkt für die Amerikaner verfügbar zu machen. Mein Aufsatz wurde zwar geschrieben, als die ersten Luftangriffe schon gewesen waren. Die Empörung über zivile Opfer, besonders bei den Moslems, nahm aber noch zu, als Freudentänze und Geknalle bei einer Hochzeit dazu führten, daß die Amerikaner ein gesamtes Dorf nebst Hochzeitsgesellschaft auslöschten mit weit über 100 Toten.

Afghanistan beinhaltet mehrere Völker in seinen Grenzen, und die Amerikaner verbündeten sich mit den Stämmen der „Nordallianz“, die mit dem Mehrheitsvolk der Paschtunen bereits seit Jahrhunderten auf Kriegsfuß stehen. So konnten sie zwar Kabul einnehmen, haben dort aber dieselbe Stellung gehabt wie die Sowjets, die zwar die Hauptstadt beherrschten, das gesamte Land trotz Einsatz von 250 000 Soldaten bis auf einige feste Plätze aber nicht kontrollieren konnten. Afghanistan ist viel zu zerklüftet und unwegsam, als daß es durch eine Besatzungstruppe kontrolliert werden könnte; das hätten die Amerikaner schon vorher wissen können, haben es dann aber selbst erfahren. Mit anderen Worten: Selbst wenn die Pipeline fertig gebaut würde, würde sie jeden Tag an zehn Stellen durch Sprengstoffexplosionen unterbrochen werden, so daß kein Tropfen Erdöl zum Golf von Oman fließen würde. Nachdem die Amerikaner dies erkannt hatten, zogen sie sich aus Afghanistan zurück, ließen Verbündete die Kosten einer symbolischen Truppe von einigen tausend Mann (bei 20 Mio. Einwohnern) tragen, und erklärten – welch Wunder! –, daß sie die Suche nach Osama bin Laden offiziell einstellten; die Strafexpedition zum Fangen oder Ermorden (der amerikanische Präsident hatte ausdrücklich einen Auftrag gegeben, Osama bin Laden wenn nötig zu fangen oder zu töten – ohne Gerichtsverfahren), immerhin der Person, die die Amerikaner für den 11. September 2001 verantwortlich machen, wurde abgeblasen. Damit hätte eigentlich dem letzten nichtamerikanischen Politiker deutlich werden müssen, daß es beim Afghanistankrieg um andere Dinge als um die Bekämpfung des Terrors ging.

Gleichwohl fanden dann auch beim nächsten Krieg der USA diese willige Verbündete in Europa, nämlich in Blair (der offensichtlich britische Weltmachtillusionen noch durch das „Mitsiegen“ mit den Amerikanern aufrechterhalten will), und im spanischen, italienischen und polnischen Regierungschef. Die von den Geheimdiensten – auch dem britischen – als absurd eingestufte Behauptung, Saddam Hussein habe das Al-Qaida Netzwerk von Osama bin Laden unterstützt, wurde von Bush und Blair wider besseren Wissens ihren Völkern vorerzählt, und es wurde so getan, als ob Saddam Hussein hinter den Anschlägen vom 11. September stünde (dies glauben 2/3 der amerikanischen Bevölkerung noch heute, entsprechend verdummt durch ihre zionistisch beeinflussten Massenmedien). Weiterhin wurde wider besseren Wissens behauptet, daß Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen habe oder jedenfalls unmittelbar vor der Fertigstellung habe; zu diesem Zwecke wurden Beweismittel gefälscht, die dann vom UNO-Chefinspekteur Blix sehr schnell als Fälschun-

gen widerlegt werden konnten. Trotz dieser Tatsache wurde der Irak-Krieg geführt, und zwar als völkerrechtswidriger Krieg ohne Zustimmung der UNO, und auch hier ging es um Öl wie beim Afghanistan-Krieg: die USA wollten die irakischen Ölquellen in die Hand bekommen. Die Bodentruppen setzten sich nicht zunächst in Richtung Bagdad in Marsch, sondern besetzten die Ölquellen, um diese vor einer Zerstörung zu schützen, und in den Nachrichtensendern waren dann anschließend Amerikaner zu sehen, die neue Arbeitsverträge mit den Arbeitern der Ölquellen abschlossen; mit anderen Worten: Die Ölquellen waren von den Amerikanern übernommen worden, obwohl sie dem irakischen Staat ebenso wie die Förderanlagen und Pipelines gehört hatten. Zum Schutz der Museen allerdings fühlten sich die Amerikaner nicht verpflichtet; die konnten ruhig geplündert werden. Auch hier zeigte sich aber dasselbe wie in Afghanistan: Es reicht nicht, ein Land zu besiegen; befreien kann man es nur, wenn man es insgesamt gesehen beherrscht, und dies können die Amerikaner nicht. Ihre Stützpunkte sind wie Festungen ausgebaut, und sie vermeiden Konvois zwischen diesen Festungen, weil diese immer wieder von Irakern angegriffen werden. Hinzu kommt, daß die Amerikaner sich vor dem Krieg nicht klargemacht haben, was nach dem Krieg werden soll. Saddam Hussein ist Sunnit, und diese haben den Irak seit vielen Jahrhunderten beherrscht, obwohl er eine schiitische Mehrheit (65 %) hat. Bei beiden muslimischen Richtungen handelt es sich um Gegner, wenn sie keine äußeren Feinde haben; sie stehen aber zusammen im Kampf gegen die Fremdherrschaft durch Vertreter einer anderen Religion. Drittes bedeutendes Bevölkerungselement im Irak sind die Kurden. Falls es demokratische Wahlen im Irak gibt, werden die Schiiten die Mehrheit haben und werden dann einen „Gottesstaat“ wie im Iran errichten. Dies wird von den Sunniten nicht hingenommen werden, und auch nicht von den Kurden, so daß dies zu einem Bürgerkrieg führen wird. Falls man den Irak aufteilt in drei verschiedene Staaten, ginge dies am problemlosesten hinsichtlich des kurdischen Siedlungsgebietes, was relativ geschlossen ist; die Türkei hat aber schon angekündigt, daß sie einen selbständigen kurdischen Staat nicht dulden würde, sondern dann in den Irak einmarschieren würde. Es droht dann da dasselbe Völkermorden, wie es die Türkei gegenüber den Armeniern im ersten Weltkrieg durchgeführt hat. Die Kurden werden sich aber die Unterdrückung nicht gefallen lassen, so wie schon jetzt die Kurden in der Türkei einen Freiheitskampf führen. Dadurch wird dann ein Kriegsschauplatz mehr auf der Welt eröffnet. Schiiten und Sunniten sind ferner in einer Reihe von Städten (beispielsweise Bagdad) miteinander verzahnt, so daß eine konfliktlose Trennung in verschiedene Herrschaftsgebiete auch Schwierigkeiten bereitet. Mit dem Sturz von Saddam fangen die Probleme also erst an. Ob die Amerikaner tatsächlich – was sie wollen – die Ölquellen ausbeuten können, ist deshalb mehr als zweifelhaft; bislang jedenfalls ist die Produktion noch niedriger als vor dem Krieg. Damit sie die Ölquellen weitgehend alleine, lediglich unter geringer Beteiligung der Briten, ausbeuten können, und nicht durch Gläubiger, die aus der Ölförderung Rückzahlung von Schulden verlangen können, gehindert werden, haben sie die Gläubigerstaaten des Irak aufgefordert, auf ihre Forderungen zu verzichten; die bundesdeutsche Regierung hat dazu schon ihre Bereitschaft erklärt.

Unabhängig von diesen finanziellen Folgen des Irakkrieges sind aber auch hier die religiösen Folgen viel bedeutsamer. Der Angriff auf den Irak erfolgte nicht nur zwecks Raub der irakischen Ölreserven, sondern auch, um die bereits vom Vater von Bush im ersten Irakkrieg beabsichtigte Schwächung des stärksten arabischen Staates neben Israel fortzuführen mit seiner totalen Entmachtung. Zwischenzeitlich ist durch eine Reihe von Veröffentlichungen deutlich geworden, daß schon vor dem 11. September 2001 eine Reihe von „Neokonservativen“ nicht nur einen zweiten Krieg gegen den Irak gefordert hatten, sondern ebenso Kriege gegen Syrien und den Iran. Der Begriff „Neokonservative“ wird von diesen Personen selbst verwendet, offensichtlich deswegen, um von ihren eigenen Bestrebungen abzulenken. Tatsächlich handelt es sich um jüdisch-zionistische Vordenker in

den USA, wie Perle und Wolfowitz, die als Redakteure in maßgeblichen Zeitschriften sitzen, ferner im Außenministerium und im Kriegsministerium. Sie wollen Amerika auf Kriegskurs bringen, und da die Konservativen in den USA durchaus nicht immer Beherrschung der Welt durch die USA als erstrebenswert angesehen haben, bezeichnen sie sich als „neokonservativ“, da ihr Ziel die imperialistische Ausdehnung der Herrschaft der USA über die ganze Welt, das heißt die Weltherrschaft der USA und der sie bestimmenden Kräfte, ist. Unter Clinton konnten sie sich nicht durchsetzen, so daß die von ihnen geforderten Kriege damals noch nicht geführt wurden; Bush jedoch ist christlicher Fundamentalist, betet jeden Morgen eine halbe Stunde, und ist natürlich mit dem Alten Testament vertraut, wonach der Gott der Bibel, der ja sowohl der Gott der Juden wie der Christen ist, den Juden als heiligem Volk nicht nur ganz Palästina, sondern auch große Teile Jordaniens, des Iraks und Syriens als Siedlungsgebiet versprochen hat. Deswegen unterstützen die USA nach wie vor mit Milliarden Dollar jedes Jahr Israel, obwohl diese Dollars dazu verwendet werden, israelische Siedlungen im vor fast vierzig Jahren besetzten Palästinenserland zu errichten; diese „ethnischen Säuberungen“ sowie die von der israelischen Regierung angeordneten Morde an Palästinensern und ihren Führern werden von den USA nicht verurteilt, Resolutionen der UNO dagegen regelmäßig durch das Veto der USA im Sicherheitsrat blockiert. Die bekennenden Christen der USA ziehen sich damit nicht nur den Haß aller Araber zu, die über ihre Fernsehsender das tagtägliche Morden von Israelis gegen Araber sehen, sondern den Haß der Moslems der ganzen Welt. Da die USA eine überwältigende Militärmacht haben, ebenso das von ihnen unterstützte Israel, können sie nicht durch einen „normalen Krieg“ bekämpft werden. Die Araber greifen zu dem Mittel, was unterdrückte Völker schon immer verwendet haben: den Feind dort anzugreifen, wo er nicht geschützt ist, und wo mit möglichst geringen eigenen Verlusten eine höchstmögliche Zahl von Toten beim andern erzielt werden kann. Als die afrikanischen Völker ihre Selbständigkeit haben wollten, sind die dazu gebildeten Organisationen vom Westen nicht als Terrororganisationen bezeichnet worden, sondern als Freiheitsbewegungen, sei es in Kenia, Rhodesien, Südafrika, Algerien oder Südwestafrika. Sie haben genau das getan, was nunmehr vom Westen als „Terrorismus“ verurteilt wird, nämlich weiße Zivilisten umgebracht. Der Weltkirchenrat und auch die westdeutschen Kirchen haben beispielsweise die Swapo unterstützt, die deutsche Farmerfamilien in dem früheren Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) ermordeten, und zwar mit Millionenbeträgen. Dabei ist es den Einwohnern in den früheren Kolonialgebieten unter weißer Herrschaft sehr viel besser gegangen, als es ihnen heute „befreit“ geht, oder als es den Palästinensern unter jüdischer Herrschaft heute geht. Die afrikanischen Terrororganisationen haben keinerlei Selbstmordattentate gemacht, weil sie nicht so verzweifelt in die Enge getrieben waren, wie dies heute die Palästinenser sind. Gleichwohl werden die palästinensischen Attentäter als Terroristen bezeichnet, nicht als Freiheitskämpfer. Warum? Weil hier natürlich das auserwählte Volk der Bibel betroffen ist, und alle Kirchen der Welt hier eine besondere Beziehung sehen; das Volk Gottes kann und darf man nicht kritisieren. Alles, was dieses Volk tut, ist durch Gott gerechtfertigt; die Palästinenser haben ihre Vertreibung, Ausbeutung, Entrechtung und Ermordung mithin hinzunehmen, da schon im Alten Testament ihnen dieses prophezeit worden sei.

Diese einseitige Sicht der Christen im Westen führt dazu, daß der primär gegen Israel und die Juden gerichtete Haß sich auf die jüdisch-christlich geführten USA mit ihrer Kreuzzugsmentalität überträgt, ferner weiter auf alle, die dem jüdisch-christlichen Weltherrschaftsstreben Vorschub leisten und dieses unterstützen. Die lautstarke Unterstützung des spanischen Ministerpräsidenten Aznar für den Irakkrieg und die Entsendung spanischer Truppen als Besatzungstruppen führte deshalb zu den Bombenanschlägen auf Züge in Spanien, und wenn Deutschland in vergleichbarem Maße jüdisch-amerikanische Weltherrschaftsbestrebungen und Unterdrückungen von Arabern un-

terstützt, wird dies genauso zu Anschlägen in Deutschland führen. Wir müssen uns nur immer darüber im Klaren sein, daß die Terroristen des einen die Freiheitskämpfer des anderen sind, daß es eine Verhinderung des Terrors nicht gibt, außer wenn die Wurzeln des Terrors beseitigt werden. Die Wurzeln des Terrors liegen nicht bei Al-Qaida, Hamas oder anderen Gruppierungen; selbst wenn sie vollständig ausgerottet würden, würden andere Organisationen nachwachsen. Der Terror entsteht wegen der zionistischen Unterdrückung, Vertreibung und Entrechtung der Palästinenser und anderer Araber, und wegen des amerikanischen Weltherrschaftsstrebens. Genauso, wie vom „deutschen Überfall auf Polen“ 1939 gesprochen wurde, obwohl vorher zahlreiche Volksdeutsche durch Polen ermordet, vertrieben und drangsaliert wurden, mithin die Vorgeschichte des deutsch-polnischen Krieges ausgeblendet wurde, wird heute die Vorgeschichte der Attentate, sei es in Israel, sei es in den USA oder Spanien, ausgeblendet. Wenn die USA nicht jeden Mord und jede Gewalttat Israels gedeckt hätten, wozu Israel nur deswegen in der Lage war, weil es von den USA jährlich Milliarden-Subventionen und Militärhilfe im allergrößten Umfang erhält, wäre es nicht zum 11. September gekommen. Die Amerikaner blenden dies oftmals aus (die Medien berichten natürlich nicht darüber), genauso wie sie nicht wissen, daß es nicht zu Pearl Harbour gekommen wäre, wenn Roosevelt nicht die japanischen Guthaben in den USA beschlagnahmt hätte, Rohstofflieferungen an Japan unterbunden hätten, Sanktionen und Blockaden sowie „Entschuldigungen“ von der stolzen japanischen Nation verlangt hätte. Ereignisse dürfen nicht punktuell gesehen werden; sie müssen in ihrer Entwicklung und in ihrer Vorgeschichte gesehen werden. Dann allein kommt man zu einer objektiven Beurteilung. Wie verhaßt die US-Amerikaner inzwischen weltweit sind, ist daraus zu ersehen, daß auch die Schiiten im Irak, die ihren Einfluß letztlich der anglo-amerikanischen Invasion verdanken, den möglichst raschen Abzug der Amerikaner fordern. Hier wird schon ersichtlich, daß – unabhängig von primärpolitischen Fragen – der Einfluß von Nichtmuslimen nicht geduldet wird.

Wenn Bush – was er nach eigenem Bekunden so gut wie gar nicht tut – Bücher lesen würde, hätte er vor seinem Irakkrieg das Buch seines Landsmannes Samuel (trotz des Vornamens kein Jude) P. Huntington: „The Clash of Civilizations“, was 1996 herausgekommen ist, gelesen, der darlegt, daß die Kernmacht eines Kulturkreises tunlichst nicht im Zentrum anderer Kulturkreise eingreifen soll. Die deutsche Übersetzung ist unter dem Namen „Kampf der Kulturen“ erschienen. Aber wenn man das Buch liest, wird sehr deutlich, daß es letztlich nicht um Kampf der Kulturen geht, sondern um Kampf der Religionen; ausführlich wird beispielsweise der Jugoslawien-Konflikt behandelt: Serben und Kroaten haben dieselbe Kultur, auch eine sehr ähnliche Sprache; sie unterscheiden sich aber in ihrer Religion, die einen sind katholisch, die anderen orthodox, und deshalb hassen sie sich. Auch sonst laufen die Bruch- und Konfliktlinien oftmals an religiösen Grenzen: Huntington selbst erwähnt auf Seite 52 eine Mitteilung der Athener an die Spartaner, sie würden mit den Persern keine gemeinsame Sache machen, wobei sie als Grund „die Bluts- und Sprachgemeinschaft mit den anderen Hellenen, die Gemeinsamkeit der Heiligtümer, der Opferfeste und Lebensweise“ anführten. Huntington selbst fährt dann fort: „Blut, Sprache, Religion, Lebensweise waren das, was die Griechen gemeinsam hatten, und was sie von den Persern und anderen Nichtgriechen unterschied. Von allen objektiven Elementen, die eine Kultur definieren, ist jedoch das wichtigste für gewöhnlich die Religion, wie die Athener betonten. In ganz hohem Maße identifiziert man die großen Kulturen der Menschheitsgeschichte mit den großen Religionen der Welt; und Menschen, die Ethnizität und Sprache miteinander teilen, sind fähig – so im Libanon, im früheren Jugoslawien und auch dem indischen Subkontinent –, einander abzuschlachten, weil sie an verschiedene Götter glauben“. Huntington scheute sich aber offensichtlich, noch Öl ins Feuer zu gießen, was durch einen Titel des Buches „Kampf der Religionen“ geschehen wäre; letztendlich läuft es aber darauf hinaus. Insges-

samt muß sein Werk als für einen Amerikaner erstaunlich kenntnisreich und vorurteilsfrei bezeichnet werden.

Er zitiert zwar nicht den deutschen Professor Carl Schmitt, der als das Wesen des Politischen das Erkennen des Freund-Feind-Verhältnisses darstellt, aber zustimmend aus einem Roman über die Venezianer: „Ohne wahre Feinde keine wahren Freunde! Wenn wir nicht hassen, was wir nicht sind, können wir nicht lieben, was wir sind. Das sind die alten Wahrheiten, die wir heute, nach dem sentimentalischen Gesülze von 100 Jahren, unter Schmerzen wieder entdecken. Wer diese Wahrheiten leugnet, der verleugnet seine Familie, sein Erbe, seine Kultur, sein Geburtsrecht, sein ganzes Ich!“ Seine zentralen Aussagen sind, daß die Modernisierung keine universale Kultur irgendeiner Art oder die Verwestlichung nichtwestlicher Gesellschaften erzeugen wird. Ferner wird das Machtgleichgewicht zwischen den Kulturkreisen sich verschieben; der Westen verliert an relativem Einfluß, asiatische Kulturen verstärken ihre wirtschaftliche, militärische und politische Macht, und der Islam erlebt eine Bevölkerungsexplosion, wobei die nichtwestlichen Kulturen selbstbewußt den Wert ihrer eigenen Grundsätze betonen. Gesellschaften, die durch „kulturelle Affinitäten“ verbunden seien, würden miteinander kooperieren; Bemühungen, eine Gesellschaft von einem Kulturkreis in einen anderen zu verschieben, seien erfolglos. Die universalistischen Ansprüche des Westens würden ihn zunehmend in Konflikt mit anderen Kulturkreisen bringen, am schwerwiegendsten mit dem Islam und mit China. Bruchlinienkriege, im wesentlichen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, würden die Gefahr einer breiteren Eskalation und damit Bemühungen von Kernstaaten um Eindämmung und Unterbindung dieser Kriege bringen. Das Überleben des Westens hänge davon ab, daß die Amerikaner ihre westliche Identität bekräftigten und die Westler sich damit abfänden, daß ihre Kultur einzigartig, aber nicht universal sei, und sich einigten, diese Kultur vor der Herausforderung durch nichtwestliche Gesellschaften zu schützen. Ein weltweiter Kampf der Kulturen könne nur vermieden werden, wenn die Mächtigen dieser Welt eine Politik akzeptierten und aufrecht erhielten, die unterschiedliche kulturelle Wertvorstellungen berücksichtigten.

Was jedem, der das nationale Erwachen in Asien, Afrika, der Sowjetunion mit offenen Augen miterlebt hat, bewußt ist, was aber die EU-versessenen bundesrepublikanischen Politiker nicht wahrhaben wollen, ist seine Erkenntnis: „Nationalstaaten bleiben die Hauptakteure des Weltgeschehens.“ (S. 21).

Die Nachkriegszeit, die durch die Zweiteilung der Welt in Kommunismus und Antikommunismus bestimmt war, wobei die Staaten der dritten Welt von beiden Lagern umworben wurden, ist vorbei. Gesellschaften, die durch Ideologie oder historische Umstände geeint waren, aber kulturell vielfältig waren, fallen entweder auseinander, wie die Sowjetunion, Jugoslawien und Bosnien, oder sind starken Erschütterungen ausgesetzt, wie die Ukraine, Nigeria, der Sudan, Indien, Sri Lanka und viele andere. Soweit es zu Kriegen kommt, gibt es das Bemühen, diese zu begrenzen, so daß sich der Kampf der Stämme Ruandas nur auf Uganda, Zaire und Burundi auswirkte, aber nicht auf weitere afrikanische Staaten. Huntington setzt sich mit der These von Fukujama vom „Ende der Geschichte“ auseinander, wonach sich die westlich-liberale Demokratie als „definitive Regierungsform des Menschen“ überall durchsetzen werde. Diese Harmonieerwartung sei aber illusionär. Vom ersten Weltkrieg sei schon behauptet worden, daß dies „der Krieg zur Beendigung aller Kriege“ sei, und zum zweiten Weltkrieg sagte Franklin Roosevelt, daß hieraus eine „dauerhafte Struktur des Friedens“ hervorgehen würde. Unabhängig davon, ob die Behaupter dieser Phrasen daran selbst geglaubt haben, haben sich jedenfalls diese Voraussagen als völlig irrig erwiesen, wie die zahlreichen Kriege und Konflikte nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt haben. Die

Kolonialkriege früherer Zeiten sind abgelöst worden von blutigen Kriegen der zwischenzeitlich in die Selbständigkeit entlassenen Völker. Huntington glaubt nicht an einen Krieg der armen Ländern gegen die reichen Länder, weil den armen Ländern der dritten Welt dazu die militärischen Voraussetzungen fehlten. Eine kulturelle Zweiteilung in „westlich – nichtwestlich“ sei abwegig, weil die japanische, chinesische, hinduistische, arabische und afrikanische Kultur wenig Verbindendes hätten, was Religion, Gesellschaftsstruktur, Institutionen, herrschende Werte betreffe. Huntington ist der Auffassung, daß Staaten mit ähnlicher Kultur und ähnlichen Institutionen ein gemeinsames Interesse sehen würden; allerdings berücksichtigt er dabei nicht (und kann es als Amerikaner vielleicht auch nicht), daß die USA in ihrem imperialistischen Weltherrschaftsstreben nicht darauf abstellen, wer ihre Verbündeten sind und wer nicht. Der pakistanische Diktator ist ein guter Freund, weil Pakistan die Al-Qaida bekämpft, der saudische König ebenfalls, obwohl es dort keine Demokratie gibt; andererseits ist die Bundesrepublik unter Schröder schon fast in die „Achse des Bösen“ eingereiht worden, da Bush erklärt hatte, wer nicht für ihn sei, sei gegen ihn. Daß nach dem Ende des „kalten Krieges“ die Zeit der Konflikte vorbei sei, widerlegt Huntington damit, daß 1993 auf der ganzen Welt schätzungsweise 48 „ethnische Kriege“ geführt wurden; auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion gab es 164 „territorial-ethnische Forderungen und Grenzkonflikte“, von denen 30 in irgendeiner Form bewaffnete Konflikte waren (S. 41). Der Druck in Richtung Integration sei in der Welt vorhanden; genau dieser Druck sei es aber auch, der den Gegendruck der kulturellen Selbstbehauptung und des kulturellen Bewußtseins wecke. Hierzu mag eingeschoben werden eine Übersicht aus der „Wirtschaftswoche“ vom 16.01.2003, wo eine Umfrage aus verschiedenen Staaten abgedruckt ist, ob die Verbreitung amerikanischer Ideen und Gebräuche gut oder schlecht sei. Nachfolgend werden die Zahlen derjenigen, die das als „gut“ bzw. als „schlecht“ bezeichnen, wie folgt angegeben: Pakistan (2:81), Türkei (11:78), Mexiko (22:65), Indien (24:54), Frankreich (25:71), Deutschland (28:67), Südkorea (30:62), Großbritannien (39:50). Am meisten Zustimmung fanden erstaunlicherweise die amerikanischen Ideen und Gebräuche in Japan; nur dort gab es mit 49 % mehr Zustimmung als mit 45 % Ablehnung. Dadurch wird Huntingtons Ausführung dazu, daß durch Warenverkehr entgegen mancher Meinung kein Kultureinfluß ausgeübt werde, insbesondere nicht das Schätzen bestimmter kultureller Dinge, nachhaltig gestützt. Er legt dar, daß Hollywood auf dem Musikmarkt zwar dominiert, und 88 % der weltweit meistbesuchten Filme 1993 aus den USA kamen; zwei amerikanische und zwei europäische Nachrichtenagenturen beherrschten weltweit die Sammlung und Verbreitung von Nachrichten. Gleichwohl habe dies nicht zu einem Abbau der Abneigung nichtwestlicher Gesellschaften gegen westliche Werte geführt. Der Westen habe auch in der Vergangenheit die Welt nicht durch die Überlegenheit seiner Ideen oder Werte oder seiner Religion erobert, sondern durch die Überlegenheit bei der Anwendung von organisierter Gewalt. „Oftmals vergessen Westler diese Tatsache; Nichtwestler vergessen sie niemals.“ (S. 68). Auch internationaler Handel habe Konflikte nicht vermindert; um 1910 habe es mehr Handel zwischen den Ländern gegeben als jemals davor oder danach, wobei der Handel insgesamt 33 % des globalen Sozialproduktes ausgemacht habe. Gleichwohl habe dies nicht den ersten Weltkrieg verhindert. Seit der französischen Revolution seien die Konfliktlinien hauptsächlich zwischen Nationen, nicht zwischen Fürsten (wie vorher) verlaufen. Das zwanzigste Jahrhundert habe einen tiefgreifenden Wandel gebracht. Die Weltkarte von 1990 habe wenig Ähnlichkeit mit der Weltkarte von 1920. Das Gewicht der militärischen und ökonomischen Macht habe sich gravierend verschoben. Der Westen habe politische Ideologien erzeugt (Liberalismus, Sozialismus, Anarchismus, Kooperatismus, Marxismus, Kommunismus, Sozialdemokratie, Konservatismus, Nationalismus, Faschismus, christliche Demokratie). Keine andere Kultur habe eine bedeutsame politische Ideologie hervorgebracht, wohingegen der Westen andererseits „niemals eine große Religion hervorgebracht“ habe; die Reli-

gionen der westlichen Welt seien ausnahmslos in nichtwestlichen Kulturen entstanden und den meisten Fällen älter als die westliche Kultur (S. 71). Die Ideologien verfielen heute; sie hätten die Bedeutung der Religion im zwanzigsten Jahrhundert zunächst zurückgedrängt, seit den 60er Jahren sei die Bedeutung der Religion zu Lasten der Ideologien zunehmend gestiegen. Der Begriff „freie Welt“ sei schon in den 80er Jahren immer seltener verwendet worden. Spengler habe den Blick dafür geöffnet, daß die im Westen vorherrschende, kurzfristige Auffassung der Geschichte mit ihrer säuberlichen Einteilung in Antike, Mittelalter und Neuzeit falsch sei, sondern jede Kultur ihre eigene Bedeutung, ihren Aufstieg und Abstieg habe, und keine Kultur eine bevorzugte Stellung in der Geschichte einnehmen könne. Auch Toynbee hat die „egozentrischen Illusionen“ des Westens gegeißelt, daß die Welt sich um ihn drehe, und daß der „Fortschritt“ unausweichlich sei. Jede Kultur sehe sich selbst als Mittelpunkt der Welt und schreibe ihre Geschichte als zentrales Drama der Menschheitsgeschichte. Realistisch sei aber, jede Kultur in ihrer Bedingtheit zu sehen.

Daß bestimmte Intellektuelle in anderen Kulturkreisen als den westlichen Ideen anhängen, sei nicht anders zu bewerten, als daß beispielsweise in früheren Jahrhunderten in der westlichen Welt in regelmäßigen Abständen Begeisterungen für verschiedene Aspekte der chinesischen oder hinduistischen Kultur aufgetreten seien (S. 79). Irgendwo im nahen Osten könne es sehr wohl ein paar junge Männer in Jeans geben, die Coca Cola trinken und Rap hören, aber zwischen Verbeugungen in Richtung Mekka eine Bombe basteln, um ein amerikanisches Flugzeug in die Luft zu jagen.

Er verweist auf die großen Unterschiede in der Geburtenrate. Der Anteil der Weltbevölkerung, die die großen westlichen Sprachen sprechen, sei in der letzten Hälfte des Jahrhunderts laufend gesunken. Doppelt so viele Menschen sprechen Mandarin wie Englisch (1992), das nur von 7,6 % der Weltbevölkerung gesprochen werde. Eine Sprache, die 92 % der Menschen fremd sei, könne nicht eine Weltsprache sein. Allerdings sei sie die Sprache, die Menschen verschiedener Sprachgruppen und Kulturen benutzten, um miteinander zu verkehren. Dies habe es auch in der Vergangenheit gegeben: Latein in der klassischen und mittelalterlichen Welt, französisch jahrhundertlang danach, womit zwar sprachliche und kulturelle Unterschiede überwunden würden; dies sei aber „nicht eine Methode, um sie zu beseitigen“ (S. 84).

Eine „lingua franca“ werde generell nur dann akzeptiert, wenn sie nicht einer bestimmten ethnischen Gruppe, Religion oder Ideologie zugeordnet werden könne (S. 85). Dazu ist dann die Anmerkung zu machen, daß der imperialistische Kurs der US-Regierung dazu führen wird, daß das Englische zunehmend als Sprache der Unterdrückten gesehen wird, so daß es an Bedeutung verlieren wird. Die meistverbreiteten Sprachen seien die Sprachen imperialer Staaten gewesen, die aktiv den Gebrauch ihrer Sprache durch andere Völker förderten. Verschiebungen in der Machtverteilung bewirkten Verschiebungen im Gebrauch der Sprachen. Wirtschaftliche Macht Japans hat Nichtjapaner zum Erlernen des Japanischen veranlaßt, und die wirtschaftliche Macht Chinas wird einen ähnlichen Zug beim Chinesischen bewirken. Chinesisch habe das Englische als vorherrschende Sprache in Hongkong bereits verdrängt und sei angesichts der Rolle der Auslandschinesen in Südostasien die Sprache geworden, in der ein guter Teil der internationalen Geschäfte in der Region abgewickelt werde. In dem Maße, wie die Macht des Westens im Verhältnis zu der Macht anderer Kulturkreise schwinde, werde auch der Gebrauch des Englischen und anderer westlicher Sprachen in anderen Gesellschaften langsam zurückgehen. Wenn China „in ferner Zukunft“ den Westen als herrschende Kultur der Welt abgelöst habe, werde Englisch dem Mandarin als „lingua franca“ der Welt weichen. Nun, daß Chinas Aufstieg zur Weltmacht erst „in fernster Zukunft“ liege, glaube ich angesichts der jährlichen Zuwachsraten beim Bruttosozialprodukt von 8 % nicht. Richtig ist jedenfalls Huntingtons

Bemerkung, daß zur Kolonialzeit die Gebildeten in den Kolonien sich vom „einfachen Volk“ durch den Gebrauch der Kolonialsprache abheben wollten, durch die Einführung demokratischer Institutionen und die stärkere Beteiligung von Menschen am politischen System bei diesen Völkern aber der Gebrauch westlicher Sprachen zurückgehen, und die einheimischen Sprachen zunehmend an Bedeutung gewinnen mußten. Auch in den meisten der früheren Sowjetrepubliken sind große Anstrengungen unternommen worden, die traditionelle Sprache zu neuem Leben zu erwecken. Estnisch, lettisch, litauisch, ukrainisch, georgisch und armenisch sind heute Amtssprachen unabhängiger Staaten. Aserbaidschan, Kirgisistan, Turkmenistan und Usbekistan sind von der kyrillischen Schrift ihrer früheren russischen Herren zur westlichen Schrift ihrer türkischen Verwandten übergegangen, während das persischsprachige Tadschikistan die arabische Schrift eingeführt hat (S. 89). Die Serben sind von der westlichen Schrift ihrer katholischen Feinde zur kyrillischen Schrift ihrer russischen Verwandten übergegangen. Kroaten reinigen ihre Sprache von türkischen und anderen Fremdwörtern, wohingegen in Bosnien gerade diese türkischen und arabischen Lehnwörter wieder groß in Mode gekommen sind.

Ebensowenig also, wie die einzelnen Nationalsprachen an Bedeutung verloren haben, sondern hingegen gewonnen haben, sind wir auf dem Wege zu einer Einheitsreligion. In den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts erzielten sowohl der Islam als auch das Christentum Zugewinne in Afrika. Muslime haben in hundert Jahren ihren Anteil von 1900 auf 2000 von 12,4 auf 19,2 % der Weltbevölkerung erhöht: „Auf lange Sicht gesehen wird jedoch Mohammed das Rennen machen. Das Christentum breitet sich in erster Linie durch Bekehrung aus, der Islam durch Bekehrung und Reproduktion. Der Anteil der Christen an der Weltbevölkerung erreichte in den 80er Jahren mit 30% seinen Höchststand, hielt dieses Niveau eine Zeit lang, geht heute zurück und wird wahrscheinlich um das Jahr 2025 bei 25 % der Weltbevölkerung liegen.“ (S. 92). Andererseits werden die Muslime wahrscheinlich spätestens im Jahr 2025 auf 30 % der Weltbevölkerung angestiegen sein. „In der modernen Welt ist Religion eine zentrale, vielleicht sogar die zentrale Kraft, welche die Menschen motiviert und mobilisiert. Es ist reine Überheblichkeit zu glauben, daß der Westen, nur weil der Sowjetkommunismus zusammengebrochen ist, die Welt für alle Zeiten erobert hat und daß Muslime, Chinesen, Inder und alle anderen nun nichts Eiligeres zu tun haben, als den westlichen Liberalismus als einzige Alternative zu übernehmen.“ (S. 93).

Der Westen würde von einem Konzept der universalen Kultur ausgehen, um seine Dominanz über andere Gesellschaften und die Notwendigkeit der Nachahmung westlicher Praktiken und Institutionen durch andere Gesellschaften zu rechtfertigen. „Die Nichtwestler betrachten als westlich, was der Westen als universal betrachtet. Was Westler als segensreiche globale Integration anpreisen, z. B. die Ausbreitung weltweiter Medien, brandmarken Nichtwestler als ruchlosen westlichen Imperialismus.“ (S. 93).

Kulturexport befriedet also nicht. Auch der Handel befriedet – entgegen gängiger Klischees – nicht. Handel kann sogar ein „stark polarisierender Faktor“ sein (S. 94). Hierzu ist anzumerken, daß England Deutschland zu Beginn des ersten im wesentlichen und zu Beginn des zweiten Weltkrieges nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen den Krieg erklärt hat, weil Deutschland als Handelsnation zu stark wurde und England von verschiedenen Märkten zu verdrängen drohte bzw. schon verdrängt hatte (1939 beispielsweise vom Balkan). Populär war die durch viele Zeitungen vor dem ersten Weltkrieg in England ausgedrückte Meinung, daß es jedem Engländer wirtschaftlich besser gehen würde, wenn Deutschland vernichtet werde. Das „Made in Germany“ hatte englische Waren in vielen Bereichen verdrängt, was England nicht hinzunehmen bereit war. In regelmäßigen Ab-

ständen wird auch immer wieder vom „Handelskrieg“ zwischen der Europäischen Union und den USA gesprochen, angefangen vom „Hähnchenkrieg“, weil die Amerikaner für freien Handel sind, wenn es ihnen nützt, und Schutzzölle einführen (beispielsweise bei Stahl), wenn dies in ihrem Interesse liegt. Zu wirklichen Kriegen weiten sich diese „Handelskriege“ deswegen nicht aus, weil die USA derzeit die einzige Weltmacht sind. Daß Handel aber zu einer friedlichen Welt führe, ist als Vorurteil dadurch erwiesen.

Auch daß sich Menschen zunehmend mehr auf Reisen, in ihren Berufen, durch Wanderbewegungen kennenlernen, fördert nicht ihr Einvernehmen – so Huntington. In einer zunehmend globalisierten Welt „verschärft sich das kulturelle, gesamtgesellschaftliche und ethnische Bewußtsein“. (S. 96). Durch die Einwanderung anderer Volksgruppen, insbesondere solcher religiös verschiedener Art, kommt es zu Feindseligkeit; die Franzosen beispielsweise haben auf die Einwanderung von muslimischen Nordafrikanern mit der Förderung der Einwanderung katholischer Polen reagiert.

Huntington versucht dann, den modernen Westen zu beschreiben, und kennzeichnet ihn erst einmal damit, daß er durch das „klassische Erbe“ (das antike Griechenland und Rom) beeinflusst sei. Das westliche Christentum sei das wichtigste Charakteristikum der westlichen Kultur: das „christliche Abendland“ sei durch „Katholizismus und Protestantismus“ geprägt. Dies ist eine gewisse Inkongruenz, da er Rußland und die christlich-orthodox bestimmten Völker einem gesonderten Kulturkreis zuordnen will. Das derzeitige Bemühen um einen „interkonfessionellen Dialog“, die „Ökumene“ zwischen Katholiken und Protestanten, die besonders von Protestanten ausgeht, ist aber erst wenige Jahre alt; noch vor zwei Jahren wurde beispielsweise ein katholischer Priester gemäßregelt, weil er an einem ökumenischen Gottesdienst teilnahm, und bis zur Wahl John F. Kennedys war es in den USA undenkbar, daß ein Katholik Präsident wurde, da sie durch die „Wasp“ („White anglo saxon protestants“) beherrscht werden sollten. Der Konflikt in Nordirland zwischen Protestanten und Katholiken wirft immer noch blutige Spuren, und der Katholik Adenauer wollte lieber mit dem katholischen Frankreich zusammengehen, als mit dem „heidnischen Osten“, den Protestanten der DDR. Dementsprechend hat Kohl beispielsweise Hilfspäckchen in das katholische Polen portofrei gestellt und der polnischen Post sogar viele Millionen DM zwecks Beförderung dieser Hilfspakete erstattet, Päckchen in die DDR aber nicht portofrei gestellt. Der Unterschied zwischen Katholizismus und Protestantismus wird von Huntington also nicht hinreichend gewürdigt, und auch innerhalb des Protestantismus gibt es erhebliche Unterschiede, was ich noch zeigen werde. Es gibt kein einheitliches westliches Christentum.

Als weiterhin westlich bezeichnet er die „Trennung von geistlicher und weltlicher Macht“. Dies ist nur erklärlich aus seiner US-Geschichte. Im Mittelalter hat der Papst dahin gestrebt, die weltliche Macht zu beherrschen, und es hat viele Jahrhunderte gebraucht, um sich hiervon zu befreien. Richtig ist allerdings, daß es zwischen Kirche und Staat, geistlicher Autorität und weltlicher Autorität einen durchgängigen Dualismus in der westlichen Kultur gegeben hat. Er verweist darauf, daß nur in der hinduistischen Kultur Religion und Politik so klar getrennt gewesen seien; im Islam sei Gott der Kaiser, in China und Japan der Kaiser Gott gewesen. Beim orthodoxen Christentum sei Gott des Kaisers Juniorpartner gewesen. Die Trennung und die immer neuen Konflikte von Kirche und Staat, die für die westliche Kultur typisch gewesen seien, habe es in keiner anderen Kultur gegeben. Wenn Huntington aber schreibt: „Diese Teilung der Herrschaft hat unermeßlich viel zur Entwicklung der Freiheit im Westen beigetragen“, so muß dem widersprochen werden. Es hat „unermeßlich viel“ zur Ausrottung der besten Kräfte unserer Völker beigetragen; unsere Völker ständen ganz anders in der Welt da, wenn es nicht den ständigen Konflikt zwischen Kaiser und Papst im Mittelalter ge-

geben hätte, den verheerenden Dreißigjährigen Krieg, die Verbrennung von Hexen und Ketzern usw. Denn wir haben diese Konflikte deswegen gehabt, weil uns eine orientalische Religion aufgezungen wurde; im Germanentum spielte die Religion im wesentlichen nur im häuslichen Bereich eine Rolle, nicht auf Stammes- oder Staatsebene. Der König vermittelte das Heil von den Göttern auf sein Volk. Es gab keine Konflikte zwischen ihm und den Goden, die sich nicht religiöse Allmacht anmaßten. Wenn sich die germanische Religion aus eigenen Wurzeln hätte weiterentwickeln können, hätte es keinerlei Auseinandersetzung zwischen geistlicher und weltlicher Macht gegeben, und die Freiheit war im heidnischen Germanien auch nie angetastet.

Zutreffend hat Huntington dann wieder die Rechtsstaatlichkeit als kennzeichnend für den Westen genommen. Soweit er allerdings meint, daß dies von den Römern übernommen worden sei, ist dies unzutreffend; vor der Übernahme des römischen Rechts mit seinen verschiedenen – zum Teil spitzfindigen – Bestimmungen hat es germanische Volksrechte gegeben, die die Rechte der Einzelnen sicherten. Dort gab es sehr viel mehr Rechtsstaatlichkeit, als im Mittelalter im christlichen Abendland. Im übrigen ist anzumerken, daß es selbstverständlich auch in China, im Islam – allerdings nicht in Afrika – verbindliche Rechtsvorstellungen gegeben hat.

Huntington findet weiter für die westliche Gesellschaft den „gesellschaftlichen Pluralismus“ kennzeichnend. Er erwähnt dazu die Klöster, Orden und Zünfte, Adel, Bauernschaft, Handwerker sowie Kaufleute und Händler. Es habe insoweit sehr viel mehr Pluralismus als in Rußland, China und in osmanischen Ländern gegeben. Allerdings ist hierzu anzumerken, daß im Hinduismus mit seinen zahlreichen Kasten noch eine viel größere Vielfalt schon vor vielen Jahrhunderten bestanden hat. Soweit er Repräsentativorgane als bezeichnend ansieht, wird dies durch eine Reihe geschichtlicher Epochen im Westen widerlegt.

Mehr Gewicht hat seine Aussage, daß der Individualismus für den Westen bedeutsam sei. Insbesondere die Germanen sind immer sehr freiheitsliebend gewesen und von daher die geborenen Individualisten. Er erwähnt allerdings auch, daß diese Charakteristika nicht immer anzutreffen gewesen seien.

Huntington zeigt dann anhand der Türkei und anderer Staaten, daß die Modernisierung zu einer vermehrten ökonomischen, militärischen und politischen Macht einerseits führt, andererseits zu einer Entfremdung und zu einer Identitätskrise. Über die vermehrte Macht und ebenso über eine Sehnsucht nach der kulturellen Eigenart komme es dann aber nahezu unvermeidlich zu einem kulturellen und religiösen Wiedererwachen. Bemerkenswerterweise finden sich unter den religiösen Fundamentalisten im Islam häufig naturwissenschaftlich ausgebildete Menschen, nicht etwa Personen, die sich in irgendeine Klause zum Koranstudium zurückgezogen hätten. Huntington betont: „Nichtwestliche Gesellschaften können sich modernisieren und haben sich modernisiert, ohne ihre eigene Kultur aufzugeben und pauschal westliche Werte, Institutionen und Praktiken zu übernehmen.“ (S. 113). Die Welt sei „insgesamt dabei, moderner und weniger westlich zu werden.“ (S. 114).

Er legt dann dar, daß zwar der Westen die Weltwirtschaft beherrsche und militärisch-technologisch weit überlegen sei, auch die Kapitalmärkte und Schifffahrtsstraßen beherrsche, aber daß die Macht des Westens sich – je länger, je mehr – verringern werde, und zwar aus verschiedenen Gründen. Einmal habe der Westen zunehmend mehr innere Probleme (geringes Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Staatsdefizite, niedrige Arbeitsmoral, Drogen, Kriminalität). Die Rassenspannungen

durch Einwanderer erwähnt er nicht, müßten aber hinzugefügt werden. Er spricht lediglich von „sozialer Desintegration“ (S. 118). Die Macht werde einerseits auf andere Mächte, z. B. Indien und China, übergehen, andererseits auf multinationale Unternehmen. Der Niedergang des Westens stecke noch in der ersten langsamen Phase, könne sich aber in irgendeinem Punkt dramatisch beschleunigen. Ab 1900 sei die europäische Komponente der westlichen Zivilisation niedergegangen, besonders auffällig mit der Auflösung der Kolonialreiche nach dem zweiten Weltkrieg. Im Jahr 1920 habe der Westen etwa 66 Mio. km² oder etwa die Hälfte der Landoberfläche der Erde kontrolliert, wobei dies bis 1993 auf die Hälfte heruntergegangen sei. Das Territorium unabhängiger islamischer Gesellschaften sei in dieser Zeit von 4,7 Mio. km² auf 28,5 Mio. km² gestiegen. 1920 beherrschten die westlichen Staaten 48 % der Weltbevölkerung, wohingegen sie selbst 1993 nur 13% ausmachten, bis zum Jahre 2025 auf 10 % zurückgehen werden. Wie dramatisch sich die Verhältnisse wandeln, ist daraus zu ersehen, daß 1960 China 4% zum Weltbruttosozialprodukt beigetragen hat, die USA 37 %, wohingegen 30 Jahre später beide 24 % beitrugen. Nach Huntingtons Meinung ist spätestens 2050 die westliche Vorherrschaft durch China abgelöst (nach meiner Meinung schon in zwei Jahrzehnten). Schon im Jahre 2020 werden vier der fünf größten Volkswirtschaften der Erde in Asien liegen. Dieser rasche Erfolg wird von den Asiaten auch ihrer eigenen Kultur und deren Werte zugeschrieben: Ordnung, harte Arbeit, Gruppeninteresse vor Einzelinteresse, Familienzusammenhalt, Disziplin; die Gemeinschaft wird wichtiger als das Individuum gesehen.

Außerhalb Afrikas sei um 1990 praktisch die gesamte Altersgruppe mit Grundschulunterricht in der ganzen Welt versorgt worden. Während das Durchschnittsalter von Westlern, Japanern und Russen stetig steige, so daß die nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Menschen zunehmend zu einer wirtschaftlichen Belastung werden, werden die anderen Kulturen durch riesige Zahlen von Kindern wirtschaftlich belastet: „Kinder aber sind künftige Arbeiter und Soldaten“ (S. 126). 1928 erzeugte der Westen 84 % der Weltindustrieproduktion. 1992 gehörten bereits vier der sieben größten Volkswirtschaften der Welt zu nichtwestlichen Nationen (Japan, China, Rußland und Indien). Zwar habe die USA eine überwältigende militärische Macht; Kernwaffen und die Systeme zu ihrem Einsatz sowie chemische und biologische Waffen sind aber nach Huntington das Mittel, „wodurch Staaten, die den USA und dem Westen an konventioneller militärischer Stärke weit unterlegen sind, mit relativ geringen Kosten gleichziehen können.“ Aus diesem Grunde versuchten die USA mit allen Mitteln die Ausbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Militärische Macht führe zu Selbstzweifeln bei den anderen und dazu, daß die Kultur der starken Macht attraktiv sei; dies habe die Anziehung der Sowjetunion in den ersten Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg ausgemacht. In dem Maße, wie die Macht des Westens schwindet, schwinde auch das Vermögen des Westens, anderen Zivilisationen westliche Vorstellungen von Menschenrechten, Liberalismus und Demokratie aufzuzwingen, und schwinde auch die Attraktivität dieser Werte für andere Zivilisationen. Menschen Ostasiens schreiben heute ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht einem Import der westlichen Kultur zu, sondern vielmehr ihrem Festhalten an der eigenen. Der Islam erstarke; in Algerien hätte eine islamistische Partei 1992 die Macht übernommen, wenn es nicht einen Militärputsch (von den USA unterstützt) gegeben hätte. „Zunehmende Macht beschert zunehmendes kulturelles Selbstbewußtsein.“ Deswegen erstarkten auch wieder in vielen Bereichen die einheimischen Religionen. Im Westen erzogene Atheisten wurden, zurückgekehrt nach Pakistan, glühende Apostel des Islam. Der anglicanierte Lee lernte Mandarin und wurde ein entschiedener Verfechter des Konfuzianismus. Der Christ Bandaranaike bekehrte sich zum Buddhismus und appellierte an den singhalesischen Nationalismus.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts habe die geistige Elite angenommen, daß wegen der Modernisierung die Religion verkümmern werde. Mitte der 70er Jahre kehrte sich aber die Tendenz zur Säkularisierung um. Christentum, Islam, Judentum, Hinduismus, Buddhismus und Orthodoxie erlebten alle einen neuen Aufschwung, fundamentalistische Bewegungen entstanden, und in manchen Ländern ist diese Entwicklung besonders auffällig. 1994 gaben 30% der Russen unter 25 Jahren an, sie seien vom Atheismus zum Glauben an Gott umgeschwenkt. Als erstes wurden in den verfallenen Städten die Kirchen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus restauriert und prächtig ausgestattet. Ebenso gab es ein religiöses Erwachen in Zentralasien, wo es 1989 160 Moscheen gab, Anfang 1993 etwa 10000. Huntington meint, daß der stärkste Grund für den weltweiten Aufschwung der Religionen derjenige sei, der eigentlich den Tod der Religionen habe bewirken sollen: nämlich die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Modernisierung. Weil althergebrachte Identitätsquellen und Herrschaftssysteme zerborsten sind, die Menschen vom Land in die Stadt ziehen, ihren Kontakt zu den Wurzeln verlieren und neue Berufe ergreifen oder arbeitslos sind, mithin vielfach neuartigen Beziehungssystemen ausgesetzt sind, brauchen sie neue Formen einer stabilen Gemeinschaft und neue moralische Anhaltspunkte, die ihnen ein Gefühl von Sinn und Zweck vermitteln. Die Religion befriedigt diese Bedürfnisse. Die Religionen bieten auf die Frage: „Wer bin ich? Wohin gehöre ich?“ Antworten, und religiöse Gruppen bilden kleine soziale Gemeinschaften, die die früheren dörflichen Gemeinschaften – die bei der Verstädterung verloren gehen – ersetzen. Ob in Indien die Erstarkung des Hinduismus und des Islam (mit entsprechenden Konflikten zwischen beiden), ob das Erwachen des Islam – überall befriedigen religiöse Gruppen die sozialen Bedürfnisse, die die Staatsbürokratien vernachlässigt hatten. Durch die Umbrüche kommt es teilweise auch zu neuer religiöser Orientierung. Als Korea ein reiner Agrarstaat war, waren die Menschen buddhistisch. Als es sich technisch stark entwickelte und verstädterte, die dörflichen Gemeinschaften zerschlagen wurden, bot das Christentum mit seiner Botschaft der persönlichen Erlösung einen Ausweg, so daß die Zahl der Christen von rund 2 % auf 30 % in der südkoreanischen Bevölkerung anstieg. Vergleichbar führte die Verstädterung und Technisierung in Südamerika zum Abwenden vom Katholizismus und Hinwenden zum Protestantismus. Beispielsweise gehen heute in Brasilien mehr Protestanten in die Kirchen als Katholiken, ganz anders als in der Bundesrepublik. (Allerdings wird bei diesen Dingen von Huntington nicht genügend beachtet, daß religiöse Neuorientierungen im Zusammenhang mit der Modernisierung genauso, wie er dies vorher bezüglich der kulturellen Werte geschrieben hat, zu einem Rückschlag führen kann, nachdem ein entsprechendes Selbstbewußtsein gewonnen worden ist, so daß dann die ursprünglichen Werte wiederentdeckt werden.) Was die religiöse Neuorientierung häufig fördert, sei es Fundamentalismus, sei es Übergang zu anderen Glaubensformen, ist oftmals die Tatsache, daß auch fundamentalistische Bewegungen geschickt moderne Massenkommunikationsmittel und Organisationstechniken zur Verbreitung ihrer Botschaft einsetzen. In Mittelamerika hat beispielsweise die protestantische Fernseh-Missionierung großen Erfolg. Gerade die jüngsten Großstadtwanderer bedürfen in der Regel gefühlsmäßiger, sozialer und finanzieller Unterstützungen, die religiöse Gruppen mehr als alle anderen Gruppen bieten können. Hier sei Religion nicht Opium fürs Volk, sondern Vitamin für die Schwachen. Ferner findet sich bei Islamisten unter den Fundamentalisten die neue Mittelschicht, oft die erste Generation ihrer Familie, die eine Universität oder technische Hochschule besucht hat; bei den Muslimen sind die Jungen religiös, die Eltern säkular. Ähnlich ist es im Hinduismus. Gemeinsam ist ihnen die stolze Feststellung: „Wir werden modern sein, aber wir werden nicht wie Ihr sein.“

Hier ist einzuwerfen, daß auf die Probleme des Westens, die uns bedrohen (Überfremdung, Instabilisierung durch Arbeitslosigkeit, mehrere Berufswechsel im Laufe eines Lebens, Vergreisung der

Gesellschaft) die hier traditionellen Religionen Protestantismus und Katholizismus auch keine Antwort haben, so daß nach etwas neuem gesucht wird. Das ist schließlich der Hintergrund des Erstarkens verschiedener Sekten und außereuropäischer Religionsformen hier bei uns. Letztlich ist dies aber auch die Chance, die wir als germanische Heiden haben, in dem im Untergang und Umbruch befindlichen Abendland erheblichen Zulauf für unsere germanisch-fundamentalistischen Vorstellungen zu gewinnen.

Während im asiatischen Bereich Selbstbewußtsein und Rückbesinnung auf die Religion besonders aus dem wirtschaftlichen und technologischen Wachstum gezogen werden, ergibt sich der Aufstieg des Islam besonders wegen des großen Geburtenüberschusses seit einigen Jahrzehnten. Junge Menschen sind weniger geneigt, sich bestehenden Verhältnissen anzupassen, als ältere; sie fordern und kämpfen. Besonders konfliktrichtig wird es nach Huntington dann, wenn die 15 bis 24-jährigen mehr als 20 % der Bevölkerung stellen. So ist es in vielen islamischen Staaten heute, und Huntington zufolge sollen 1995 Moslems an 26 von 50 Konflikten beteiligt gewesen sein. Die zunehmende Bedeutung des Islam wird auch daraus ersichtlich, daß beim ersten Krieg gegen den Irak die arabische Liga weit überwiegend zunächst auf amerikanischer Seite stand, dann die Regierungen auf Druck der Bevölkerungen aber umschwenkten, und der zweite Irakkrieg geschlossen sowohl von der Bevölkerung wie von den arabischen Regierungen verurteilt wurde. Alle islamischen Staaten (mit Ausnahme des Irans), auch die Türkei, sind in den letzten Jahren immer islamischer geworden. In China, und zwar sowohl in Taiwan wie in Festlandchina, auch in Singapur, findet eine Rückbesinnung auf die Werte des Konfuzianismus statt; ausländische Importe wie die westliche Demokratie oder der Marxismus – Leninismus werden zunehmend abgelehnt. Nur Japan hat den 1945 erlittenen Schock noch nicht überwunden.

Nachdem Huntington dargelegt hat, daß sich die Welt im Umbruch befindet, behandelt er die kommende Neugestaltung. „Was bei der Bewältigung einer Identitätskrise für die Menschen zählt, sind Blut und Überzeugung, Glaube und Familie. Menschen gesellen sich zu anderen, die dieselbe Herkunft, Religion und Sprache, dieselben Werte und Institutionen haben, und distanzieren sich von denen, die das nicht haben.“ (S. 194). Jemand kann sich mit seinem Clan, seiner ethnischen Gruppe, seiner Nationalität, seiner Religion, seiner Zivilisation identifizieren. Auf jeder dieser Ebenen kann man sich laut Huntington selbst nur in bezug auf ein „Anderes“, eine andere Person, Sippe, Rasse oder Zivilisation definieren. (S. 200). Immer in der Menschheitsgeschichte galt für das Verhalten gegenüber denen, die „wie wir“ sind, ein anderer Code als gegenüber den „Barbaren“, die es nicht sind. Gegenüber anderen gibt es Überlegenheitsgefühle, manchmal auch Minderwertigkeitsgefühle, Furcht und mangelndes Vertrauen, mangelnde Vertrautheit mit den Annahmen, Motivationen, sozialen Beziehungen und sozialen Praktiken anderer Menschen, und die Kommunikation mit ihnen ist erschwert. Konflikte sind allgegenwärtig. „Hassen ist menschlich. Die Menschen brauchen Feinde zu ihrer Selbstdefinition und Motivation: Konkurrenten in der Wirtschaft, Gegner in der Politik. Von Natur aus mißtrauen sie und fühlen sich bedroht von jenen, die anders sind und die Fähigkeit haben, ihnen zu schaden... In der zeitgenössischen Welt handelt es sich bei den „sie“ mit immer größerer Wahrscheinlichkeit um Menschen einer anderen Zivilisation. Das Ende des Kalten Krieges hat den Konflikt nicht beendet, sondern neue, kulturell verwurzelte Identitäten gestiftet und neue Muster des Konflikts zwischen Gruppen aus verschiedenen Kulturen entstehen lassen, die auf allgemeinsten Ebene Zivilisationen sind.“ (S. 202).

Länder, die nicht zu ihrer eigenen kulturellen Vergangenheit stehen, bezeichnet Huntington als „zerrissene Länder“. Hierzu zählt er die Türkei, die durch Atatürk zwangsweise verwestlicht wurde,

ebenso Rußland seit Peter dem Großen, wobei es seitdem die Auseinandersetzung zwischen den Westlern und den Slawophilen gibt, Mexiko und Australien. Seit den 90er Jahren versucht die Labour-Regierung Australien von einem westlichen Staat in einen asiatischen Staat umzuwandeln; asiatische Einwanderung wird gefördert, und die entsprechenden Beziehungen zu Asiaten sollen – allerdings mit vielem Mißtrauen von seiten der asiatischen Staaten – verstärkt werden. Die Australier sind hinsichtlich dieses Kurses gespalten, und Huntington erklärt, daß hier – ebenso wie bei den anderen zerrissenen Staaten – „das kurzfristige Resultat einer Überbewertung wirtschaftlicher Faktoren“ vorliegt, „die die Kultur des Landes nicht erneuert, sondern ignoriert“ (S. 243). Er verweist darauf, daß Anfang des nächsten Jahrhunderts die Historiker diese Entscheidung als „einen bedeutsamen Schritt auf dem Weg in den „Untergang des Abendlandes“ erblicken“ werden. Durch diese Option werde aber nicht das westliche Erbe Australiens beseitigt, sondern es werde ein auf Dauer zerrissenes Land die Folge sein. Ergänzen können wir, daß dasselbe natürlich auch für die Schaffung „multikultureller Gesellschaften“ in Europa gilt.

Huntington betont: „Die Welt wird auf der Grundlage von Kulturkreisen geordnet werden, oder sie wird gar nicht geordnet werden“. (S. 247). In diesen Kulturkreisen nehmen „Kernstaaten“, das heißt die herausragenden Staaten eines solchen Kulturkreises, Ordnungsfunktionen ein, und können auf Länder ihres Kulturkreises friedentiftend einwirken, weil sie von diesen anerkannt werden (nach ihm Rußland im christlich-orthodoxen Kulturkreis, China im asiatischen, USA im westlichen). Das Problem bei den islamischen Ländern ist, daß – anders als im Westen, wo der Nationalstaat die höchste Loyalität genießt – im Islam der Staat oder das Volk nicht die entscheidende Rolle spielt, sondern die Bindung an Allah, so daß es dort keinen Kernstaat gibt.

Welche Kulturkreise gibt es nun laut Huntington? Einmal den afrikanischen und den südamerikanischen, die nach Huntington beide in der Zukunft aber keine machtpolitische Rolle spielen werden, wobei Huntington die Gründe nicht näher erwähnt; hinsichtlich Afrika dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß wegen der intellektuellen Kapazität der Bevölkerung Schwarze nie irgendeine machtpolitische Rolle in der Geschichte haben spielen können, bei Südamerika, daß wegen der vielfach gemischten Bevölkerung sich das Interesse nur auf die eigene Familie bezieht, nicht auf Volk oder Staat, und deswegen Korruption, Vetternwirtschaft usw. jegliche Machtentfaltung verhindern.

Stärkste Bedeutung für die Zukunft wird China und der von ihm beherrschte oder beeinflusste asiatische Bereich haben. Hierzu gehören einmal die Staaten mit großen chinesischen Bevölkerungsanteilen in Asien, dann aber auch die kleineren umliegenden Staaten. In Asien hat Tradition, sich einem Stärkeren anzupassen, nicht in Konfrontationskurs zu gehen (wie es Großbritannien gegen das Aufsteigen Deutschlands zur Großmacht gemacht hat, und ebenso die USA; den gängigen Klischees hier bei uns, daß die Weltkriege zur Beseitigung des Kaisers oder des Nationalsozialismus geführt worden seien, wird von Huntington als zu abwegig nicht einmal diskutiert). Er erklärt nur kühl: „Mehr als zwei Jahrhunderte lang haben die USA den Versuch unternommen, das Entstehen einer dominierenden Macht in Europa zu verhindern. 100 Jahre lang, seit der Politik der „offenen Tür“ gegenüber China, haben sie das gleiche in Asien versucht. Zur Erreichung dieser Ziele haben die USA zwei Weltkriege und einen kalten Krieg gegen das kaiserliche Deutschland, Nazi-Deutschland, das kaiserliche Japan, die Sowjetunion und das kommunistische China geführt. Dieses amerikanische Interesse besteht fort und wurde von den Präsidenten Reagan und Bush bekräftigt. Die Entwicklung Chinas zur dominierenden Regionalmacht in Ostasien stellt, wenn sie andauert, dieses zentralamerikanische Interesse in Frage. Die eigentliche Ursache des Konflikts zwischen

Amerika und China ist die grundlegende Meinungsverschiedenheit darüber, wie das künftige Machtgleichgewicht in Ostasien aussehen soll.“ (S. 369). Zu ergänzen wäre hier nur, an die Adresse der „Gutmenschen“ in Deutschland, die ihre eigene moralische Einstellung bei den Angelsachsen für deren politisches Handeln unterstellen, daß Churchill vom zweiten Weltkrieg als dem „Dreißigjährigen Krieg“ gegen Deutschland sprach, der 1914 begonnen habe, und erklärte, auch wenn ein Jesuitenpater an der Spitze Deutschlands stünde, sei es sein Ziel, Deutschland zu vernichten, weil dies im britischen Interesse liege. Huntington zeichnet aus, daß er völlig von den „Hand aufs Herz – himmelwärts“ gerichteten Blicken der amerikanischen Präsidenten und ihrem Geschwafel von weltweiter Demokratie, weltweitem Frieden, weltweiten Menschenrechten absieht, und die Politik als das darstellt, was sie überall auf der Welt (mit Ausnahme Deutschlands) ist: Machtpolitik zur Durchsetzung der eigenen Interessen. Wenn jemand Huntington sagen würde, die USA seien 1941 in den Krieg eingetreten, um irgendein Land zu befreien oder die Demokratie irgendwo einzuführen, würde er vermutlich einen Lachkrampf bekommen. In unseren Schulen ist dies aber „Bildungsziel“.

Machtpolitischen Einfluß hat der hinduistische Kulturkreis Indien mit einer Milliarde Menschen. Mit China hat es insoweit Grenzkonflikte gegeben, und allein schon wegen der Größe der Menschen und der sich entwickelnden Wirtschaft gibt es hier eine Konkurrenzsituation. China hat deshalb das islamische Pakistan als Gegengewicht zu Indien immer unterstützt, und unterhält auch hervorragende Beziehungen zu den anderen islamischen Staaten der Region. Indien selbst hat aus seiner Gegnerschaft gegen Pakistan und China sich zu Zeiten, als die Sowjetunion und China sich im kalten Krieg befanden, immer Anlehnung an die Sowjetunion gesucht, ebenso an die USA, die China einzudämmen suchen. Im Völkerleben gilt: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“

Mit zwischenzeitlich 1,3 Milliarden Menschen stellt der Islam ein erhebliches Machtpotential dar, besonders deswegen, weil ein Großteil der Erdölreserven und Erdgasreserven der Welt in islamischen Ländern liegen. Arabisch als die heilige Sprache des Korans stellt in diesem Bereich – so sehr über die Welt verbreitet die islamischen Länder auch sind – die sprachliche Verbindung her. Die islamischen Länder stehen gegen Israel wegen Unterdrückung, Entrechtung und Ermordung von Palästinensern und gegen Christen, weil christliche Länder – insbesondere die USA – die Verfolgung der Muslime durch Israel finanziell und mit Waffen unterstützen, ferner wegen der schlechten Erfahrungen mit den Kreuzfahrern und der Unterdrückung arabischer Staaten zu Zeiten des britischen und französischen Kolonialreiches. Derzeit konzentriert sich der Haß der Muslime aber besonders auf Israel und die USA, weil die USA mit ihrem Veto im Sicherheitsrat jegliche Verurteilung Israels – gleichgültig, welche Taten von der israelischen Führung begangen werden – durch die UNO blockieren.

Während ich Huntington bei Darstellung der anderen Kulturkreise folgen kann, überzeugen mich seine Ausführungen zum westlichen Kulturkreis nicht.

Konsequent ist insoweit seine Auffassung, daß wegen des Erstarkens der Religionen das christlich-orthodoxe Rußland sich als Schutzmacht aller orthodoxen Länder versteht. Demzufolge hat Rußland immer Serbien unterstützt. Beim Zerfall Jugoslawiens und den nachfolgenden Auseinandersetzungen wurde dies deutlich. Ebenso – und auch da folge ich Huntington noch – hat sich das katholische Kroatien immer des besonderen Wohlwollens des Westens erfreut, insbesondere der katholisch beeinflussten Länder, und nicht zufällig hat die Bundesrepublik Deutschland unter dem katholischen Kanzler Kohl als erstes Land der Welt Kroatien als selbständigen Staat anerkannt. Beim Kon-

flikt in Bosnien, wo die muslimischen Bosniaken von Serben und Kroaten verfolgt wurden, haben andererseits nicht nur die islamische Türkei Hilfe angeboten, sondern insbesondere finanzielle Hilfe auch so weit entfernte muslimische Länder wie Saudi-Arabien und Malaysia geleistet. Beim Krieg der NATO gegen Serbien wegen der Unterdrückung der Kosovo-Albaner hat das christlich-orthodoxe Griechenland – trotz NATO-Zugehörigkeit – dem orthodoxen Serbien Hilfe geleistet. Huntington bezeichnete die Kriege beim Zerfall von Jugoslawien als die typischen „Bruchlinienkriege“, und zwar nicht nur zwischen zwei Kulturkreisen, sondern zwischen drei, wo die jeweiligen Kulturkreise Völkern am Rande ihres Kulturkreises Hilfe brachten – mit einer Ausnahme: den USA im Falle der Bosniaken. Der Grund dafür war, daß die USA Bosnien nicht zwischen Kroaten, Serben und Muslimen aufgeteilt sehen wollten, sondern diesen Staat als Beispiel für das Funktionieren von Multikultur erhalten sehen wollten, gegen den Willen der drei Volksgruppen, so daß sie deshalb die Muslime dort unterstützten, ferner mit Rücksicht auf ihr gutes Verhältnis zur Türkei, das sie als Macht zur Eindämmung der Russen sehen.

Die Türkei hat eine Bildungsoffensive bei den asiatischen muslimischen Turkvölkern gemacht. Allerdings ist die türkische Haltung nicht eindeutig, und zwar wegen der jahrhundertealten Gegnerschaft zu Rußland, weshalb die Türkei enge Verbindung zu den USA gesucht hat, und wegen des Kurden-Problems und einer eigenen Einflußnahme in dem Irak, um dort einen eigenständigen Kurdenstaat zu verhindern. Dies und der israelische Einfluß in den USA hat die Türkei dazu gebracht, eine intensive Zusammenarbeit mit Israel einzugehen. Ob dies aber auf Dauer halten wird, bleibt zweifelhaft; die türkische Regierung wollte sich am zweiten Irakkrieg beteiligen, was aber vom türkischen Parlament untersagt wurde, so daß die USA ihren Aufmarsch nicht über die Türkei vornehmen konnten. Daraufhin strich Amerika sofort erhebliche Hilfsgelder für die Türkei.

Während Huntington die orthodoxe christliche Richtung als Abgrenzungsmerkmal sieht, macht er dies inkonsequenterweise nicht für Protestantismus und Katholizismus, wobei hinsichtlich des Protestantismus noch verschiedene Richtungen unterschieden werden müßten. Für ihn sind das nicht-orthodoxe christliche Europa und das christliche Nordamerika der westliche Kulturkreis. Dabei wird zu wenig die Auseinandersetzung zwischen Protestanten und Katholiken (nicht nur im Dreißigjährigen Krieg und heute in Irland) gesehen. Das ganze deutsche Volk hatte sich zum Protestantismus bekannt und ist dann nur blutig in der Gegenreformation in der südlichen Hälfte zum Katholizismus zurückgezwungen worden. Daraus ergaben sich zahlreiche Konflikte, bis hin zu Bismarcks Bekämpfung durch das katholische Zentrum, Adenauers Verhinderung der Wiedervereinigung 1955. Von einer protestantisch-katholischen Ökumene sind wir nach wie vor weit entfernt. Der Westen ist also keine Einheit; ein romanisch-katholischer Bereich ist nach meiner Meinung hier als eine Untergruppe zu sehen, wobei es Aufgabe einer deutschbewußten Politik sein muß, die Bedeutung des Katholizismus zurückzudrängen, damit die Katholiken hier nicht zu Agenten romanischer Länder werden. Auch der protestantische Bereich ist aber keine Einheit. Von den sonstigen Protestanten ist die puritanisch-kalvinistische Richtung zu unterscheiden. Sie ist der Auffassung, daß sich die Gnade Gottes für einen Menschen nicht erst im Jenseits zeige, sondern bereits im Diesseits, und zwar dadurch, daß er geschäftlichen Erfolg habe. Geschäftlicher Erfolg – mit welchen Mitteln auch immer errungen – zeigt also die Auserwähltheit durch Gott. Überhaupt spielt die Auserwähltheit eine große Rolle; viele Briten sind der Auffassung, sie seien der verlorene „13. Stamm Israels“, und auch viele Amerikaner sehen die USA als „Gods own country“. Diesem angelsächsischen egoistisch-persönlichen Geldverdienen-Protestantismus steht der deutsch-lutherische (und skandinavische) Protestantismus gegenüber, der maßgeblich durch den Begriff der Pflicht gegenüber der Gemeinschaft, dem Staat, geprägt ist und in Preußen zur höchsten Blüte gekommen ist. Auch aus rein

sprachlichen Gründen, nicht nur wegen dieser religiösen Sonderprägung des Protestantismus, ist ein britisch-nordamerikanischer Kulturkreis (mit Ausnahme der kanadischen Provinz Quebec, wo die französisch sprechenden Kanadier nichts mit ihren angelsächsischen Landsleuten zu tun haben wollen) als eigenständiger Kulturkreis zu sehen. Daß nicht der gesamte Westen als Einheit gesehen werden kann, ist schon daraus ersichtlich, daß die USA beispielsweise als „Kernstaat“ von Frankreich nie anerkannt worden sind, sich Frankreich hingegen als Kernstaat, d. h. vorherrschende Macht Westeuropas, gesehen hat, in neuerer Zeit (so bei der Neugestaltung und Erweiterung der EU, dem Widerstand gegen den zweiten Irakkrieg) im Schulterschuß mit Deutschland. Angesichts der zurecht von Bundeskanzler Schröder „abenteuerlich“ genannten Politik der USA, die ihren Willen letztlich allen Ländern aufzwingen wollen und dabei zuweilen massiv europäische Interessen verletzen, ist auch nicht anzunehmen, daß mit dem zunehmenden Erstarken Asiens und des Islam ein Zusammenrücken der westlichen Nationen erfolgen wird. Hinzu kommt, daß zumindest in Deutschland die aus machtpolitischen Gründen vollständige Prinzipienlosigkeit und Heuchelei der USA nicht nachvollziehbar sind. Huntington verweist auf den Schlagwortcharakter bei der Argumentation der Regierung: Demokratie weltweit halten die USA für gut, aber nicht, wenn es Fundamentalisten an die Macht bringt (z. B. in Algerien, Iran). Kernwaffenverbreitung muß verhindert werden, z. B. beim Irak und Iran (Libyen und Nordkorea) – das gilt aber nicht für Israel. Die Weltwirtschaft soll frei handeln können – aber nicht, wenn es die US-Landwirtschaft schädigt. Menschenrechte haben eine große Bedeutung – aber nicht, wenn es Verbündete der USA, z. B. Saudi-Arabien, die Türkei oder Pakistan, angeht.

Probleme ergeben sich auch daraus, daß (so Huntington S. 374) der Westen gegen aufstrebende Mächte immer gegengehalten hat; das gilt meines Erachtens aber nur für Großbritannien und die USA, nicht im selben Maße für andere westliche Mächte. Laut Huntington ergeben sich die größten Probleme der Zukunft aus der westlichen Arroganz, der islamischen Unduldsamkeit, dem chinesischen Auftrumpfen. Insbesondere durch den Zusammenbruch des Kommunismus sei die westliche Arroganz verstärkt worden. Dadurch habe man die eigenen Probleme weitgehend verdrängt, nämlich die Zunahme von Kriminalität, Drogen und Gewalt in den eigenen Ländern, den Zerfall der Familien, den Rückgang der Mitgliedschaft in Vereinen (was zunehmenden Zerfall deutlich mache), das Nachlassen der Arbeitsethik, das Abnehmen von Bildungsinteressen und das Absinken der akademischen Leistungen. Hinzu komme die Zuwanderung Fremder. In Westeuropa lebten ca. 15,5 Mio. Einwanderer, wobei die meisten aus anderen Kulturkreisen kamen. Huntington verweist darauf, daß 10 % der Geburten in Westeuropa von Muslimen gestellt werden, und Araber bereits 50 % der Geburten in Brüssel stellen (S. 319). In Kalifornien wird ein Viertel der Bevölkerung bereits von Mexikanern gestellt. Huntington übt scharfe Kritik an denjenigen, die ihr kulturelles Erbe verleugnen und die Identität ihres Landes von der einen Kultur zu einer anderen zu verschieben versuchen. „Bis heute haben sie damit in keinem einzigen Fall Erfolg gehabt, vielmehr haben sie schizophrene, zerrissene Länder geschaffen. Die Multikulturalisten in Amerika verwerfen auf ähnliche Weise das kulturelle Erbe ihres Landes. Anstatt jedoch zu versuchen, die USA mit einer anderen Kultur zu identifizieren, möchten sie ein Land der vielen Kulturen schaffen, will sagen ein Land, daß zu keiner Kultur gehört und eines kulturellen Kerns ermangelt. Die Geschichte lehrt, daß ein so beschaffenes Land sich nicht lange als kohärente Gesellschaft halten kann.“ (S. 503). Dasselbe könnte natürlich auch unseren Politikern entgegengehalten werden. „Die Ablehnung des Credo und der westlichen Kultur bedeutet das Ende der Vereinigten Staaten von Amerika, wie wir sie gekannt haben. Sie bedeutet praktisch auch das Ende der westlichen Kultur. Wenn die USA entwestlicht werden, reduziert sich der Westen auf Europa und ein paar gering bevölkerte europäische Siedlungsgebiete in Übersee. Ohne die USA wird der Westen zu einem winzigen, weiter schrump-

fenden Teil der Weltbevölkerung auf einer kleinen, unwichtigen Halbinsel am Rande der eurasischen Landmasse.“ (S. 504). (Hierzu ist aber anzumerken, daß das gegenwärtige Rußland nebst Weißrußland und Ukraine eine sehr viel europäischere und auch nordischere Bevölkerung hat als die USA). Er zitiert zustimmend den japanischen Philosophen Umehara, der erklärt hat: „Weit davon entfernt, als die Alternative zum Marxismus und als die herrschende Ideologie dieses Jahrhunderts dazustehen, wird der Liberalismus der nächste Dominostein sein, der fällt.“

Die USA mit ihrer aggressiven imperialistischen Politik führen durch ihr unkluges Verhalten noch eine Beschleunigung ihres Niedergangs herbei. Sie bringen nämlich die anderen Kulturkreise zusammen. Der libysche Staatspräsident Gaddafi hat im März 1994 erklärt: „Die neue Weltordnung bedeutet, daß Juden und Christen die Muslime kontrollieren, und wenn sie können, werden sie anschließend den Konfuzianismus und andere Religionen in Indien, China und Japan kontrollieren... Was die Christen und Juden heute sagen, ist: Wir waren entschlossen, den Kommunismus zu zerschlagen, und jetzt muß der Westen den Islam und den Konfuzianismus zerschlagen. Heute erleben wir hoffentlich eine Konfrontation zwischen China, das das konfuzianische Lager anführt, und Amerika, das das Lager der christlichen Kreuzfahrer anführt. Wir haben keinerlei Grund, nicht gegen die Kreuzfahrer eingestellt zu sein. Wir stehen auf der Seite des Konfuzianismus, und indem wir uns mit ihm verbünden und in einer einzigen internationalen Front an seiner Seite kämpfen, werden wir unseren gemeinsamen Gegner vernichten. Darum unterstützen wir als Muslime China in seinem Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind. Wir wünschen China den Sieg...“ (S. 388 f).

TEIL II

Huntington hält weder die westliche oder amerikanische Lage für gesichert, noch ist er der Auffassung, daß der Niedergang unvermeidlich sei. Seine Forderung kann in dem Satz zusammengefaßt werden: „Im Kampf der Kulturen werden Europa und Amerika vereint marschieren müssen oder sie werden getrennt geschlagen.“ (S. 531).

Ich bin da anderer Ansicht, will meine Meinung aber erst darstellen, wenn ich zwei weitere Bücher besprochen habe, die gegensätzlicher nicht sein können. Das eine ist das Buch von Zbigniew Brzezinski, des polnisch-amerikanischen Sicherheitsberaters unter Präsident Carter: „Die einzige Weltmacht“ (1997). Das andere ist das Buch des französischen Autors Emmanuel Todd: „Weltmacht USA – ein Nachruf“, 2002 in Frankreich erschienen, 2003 in deutscher Übersetzung. Huntington hat das Buch von Brzezinski mit den Worten gelobt: „Das ist geostrategisches Denken in der großen Tradition Bismarcks“. Der langjährige deutsche Außenminister Genscher hat ein Vorwort dazu geschrieben. Gleichwohl sieht Brzezinski nach meiner Auffassung die Umstände, die die USA sehr schnell vom Rang einer Supermacht verstoßen werden, nicht hinreichend. Zutreffend erkennt Brzezinski, daß das europäische Zeitalter der Weltgeschichte während des zweiten Weltkriegs zu Ende ging, etwas, was Adolf Hitler vorausgesagt hatte, was die britische Führungsschicht aber nicht erkennen wollte, die mit der Kriegserklärung am 3. September 1939 an Deutschland ihr Weltreich verspielt hatte. (Der britische Premierminister Chamberlain zögerte denn auch, den Krieg zu erklären, und bekundete: „Amerika und das Weltjudentum haben England in den Krieg getrieben“). Anschließend war jahrzehntelang die Welt durch den sowjetisch-amerikanischen Gegensatz beherrscht. Soweit allerdings Brzezinski schreibt, der sowjetische Einmarsch in Afghanistan habe „eine zweigleisige Reaktion“ der USA heraufbeschworen, nämlich direkte Unterstützung des afghanischen Widerstands vor Ort (Osama bin Laden wurde bekanntlich durch die USA dort mit Waffen

versorgt), und eine Steigerung der amerikanischen Militärpräsenz im persischen Golf als Abschreckungsmaßnahme, ist dies nicht richtig; die Amerikaner hatten sich bereits vorher in Afghanistan festgesetzt und dort Einfluß genommen, weswegen die Russen – erst nach sehr großem Zögern – zur Stützung ihrer Position dort einmarschiert sind. Es ging dabei nämlich – ebenso wie bei dem Krieg der USA gegen Afghanistan – um die Kontrolle von Erdöl und Erdgas in der Region, wie auf S. 212 dadurch deutlich wird, daß „der Westen“ (sprich USA) in Aserbaidtschan eine Summe von mehr als 13 Milliarden Dollar in die Erdöl- und Erdgasförderung investiert hatte, in Kasachstan weit über 20 Milliarden Dollar (Stand 1996). Ebenso unterstützen die USA die Tschetschenen, damit die Russen die Kontrolle über die Erdöl-Pipelines verlieren. Brzezinski erkennt, daß Weltreiche von Natur aus politisch instabil sind, weil die untergeordneten Einheiten fast immer nach größerer Autonomie streben (S. 25) und deshalb auseinanderfallen. Weltreiche gründeten ihre Macht auf eine Hierarchie von Vasallenstaaten, tributpflichtigen Provinzen, Protektoraten und Kolonien. Erfrischend zu hören, (was die ständigen CDU-Freundschaftsbeteuerungen ad absurdum führt,) sein Satz auf Seite 92: „Tatsache ist schlicht und einfach, daß Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.“ Bemerkenswert ist die Karte auf Seite 42, woraus sich nicht nur die Überlegenheit der USA auf den Weltmeeren ergibt, sondern als „Einflußsphäre der USA“ nicht nur die Ukraine, sondern auch Georgien, Armenien, Aserbaidtschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien gesehen werden, also Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die von der Geschichte her ganz klar in die russische Einflußsphäre gehören. Er behauptet, es sei ein Segen für die Welt, daß die USA den Ton angebe, weil ohne die Vorherrschaft der USA es auf der Welt mehr Gewalt und Unordnung und weniger Demokratie und wirtschaftliches Wachstum geben würde. Zum Glück für Amerika sei Eurasien zu groß, um eine politische Einheit zu bilden.

Nachdem Brzezinski dargelegt hat, daß nahezu 75 % der Weltbevölkerung in Eurasien leben, und in seinem Boden der größte Teil des natürlichen Reichtums der Welt stecke, erklärt er: „Eurasien ist mithin das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“ (S.57). Die USA versuchten, daß die rußlandbeherrschte mittlere Region immer stärker in den Einflußbereich des Westens gezogen werden könne, die südliche (islamische) Region nicht unter die Herrschaft eines einzigen Akteurs gerate. Wenn eine eventuelle Vereinigung der Länder in Fernost um China herum nicht die Vertreibung Amerikas von seinen Seebasen vor der ostasiatischen Küste nach sich ziehe, dürften die USA sich behaupten können. Wenn die Staaten im mittleren Raum dem Westen eine Abfuhr erteilen und sich zu einer politischen Einheit zusammenschließen, die Kontrolle über den Süden erlangten oder mit dem „östlichen Gegenspieler“ (d. h. China) ein Bündnis eingehen, schwinde Amerikas Vorrangstellung in Eurasien dramatisch. Die Größe und Vielfalt Eurasiens wie auch die Macht einiger seiner Staaten setzten dem amerikanischen Einfluß und dem Umfang der Kontrolle über den Gang der Dinge Grenzen. Deswegen verlange die Sachlage „geostrategisches Geschick“, will heißen: Ausspielen des Einen gegen den Anderen. Hier darf angemerkt werden, daß genau dies die USA tun. Sie fördern die islamischen Nachbarn der Sowjetunion massiv militärisch, um dadurch zwischen Rußland und den islamischen Staaten Feindschaft aufzubauen, ebenso wie in den in der russischen Einflußsphäre liegenden baltischen Länder sowie Rumänien und Bulgarien. Damit soll natürlich der gesamte Westen – die NATO-Staaten – in Front gegen Rußland gebracht werden, und Konflikte und Auseinandersetzungen dort sollen sofort auf das westeuropäisch-russische Verhältnis negativ durchschlagen.

Als problematisch bezeichnet Brzezinski, daß die Staatsform Demokratie einer „imperialen Mobilmachung abträglich“ sei, und zwar wegen der mangelnden Aufopferungsbereitschaft im Falle eines

Krieges. Auch er ist wie Huntington der Auffassung: „Nationalstaaten werden auch weiterhin die Bausteine der Weltordnung sein.“ (S. 62). Da Amerika mit Rücksicht auf seine demokratische Struktur sich Zurückhaltung angedeihen lassen müsse, soll für sie eurasische Geostrategie den „taktisch klugen und entschlossenen Umgang mit geostrategisch dynamischen Staaten“ bedeuten. (S. 65). Die drei großen Imperative in imperialer Geostrategie lauteten: „Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, daß die „Barbaren“-Völker sich nicht zusammenschließen.“ (S. 65 f). Nach Brzezinskis Meinung sind in Eurasien Hauptakteure Frankreich, Deutschland, Rußland, China und Indien, wogegen Großbritannien, Japan und Indonesien – obwohl ebenfalls sehr wichtige Länder – die Bedingungen dafür nicht erfüllten. Dreh- und Angelpunkte auf der eurasischen Drehschleife seien die Ukraine, Aserbaidschan, Südkorea, die Türkei und der Iran. Frankreich wie Deutschland seien mächtig genug, um innerhalb eines größeren regionalen Wirkungsbereiches ihren Einfluß geltend zu machen. Beide fühlten sich auch dazu berufen, die europäischen Interessen in ihren Beziehungen mit Rußland zu vertreten. Großbritannien sei hingegen wegen seines „relativen Niedergangs“ nicht mehr in der Lage, wie früher die Rolle eines Schiedsrichters in Europa zu spielen. London habe sich weitgehend aus dem europäischen Spiel verabschiedet. Es sei hingegen die wichtigste Stütze der USA, ein sehr loyaler Verbündeter, eine unerläßliche Militärbasis und ein enger Partner bei heiklen Geheimdienstaktivitäten. „Seine Freundschaft muß gepflegt werden, doch seine Politik fordert keine dauernde Aufmerksamkeit. Es ist ein aus dem aktiven Dienst ausgeschiedener geostrategischer Akteur, der sich auf seinem prächtigen Lorbeer ausruht und sich aus dem großen europäischen Abenteuer weitgehend heraushält, bei dem Frankreich und Deutschland die Fäden ziehen.“ Trotz seiner gegenwärtigen Schwäche bleibe Rußland ein geostrategischer Hauptakteur. Dies sei unstreitig auch China, das sich für den Mittelpunkt der Welt halte. Japan könnte enorme politische Macht ausüben, wolle dies aber trotz seiner wirtschaftlichen Stärke nicht. Dies liege sicherlich auch daran, daß viele asiatische Staaten nach dem zweiten Weltkrieg eine japanische Vorherrschaft fürchteten. Japan bedürfe besonderer Aufmerksamkeit durch die USA. Brzezinski erklärt, daß ohne die Ukraine Rußland kein eurasisches Reich mehr sei, und ebenso wie im Fall der Ukraine auch die Zukunft Aserbaidschans und Zentralasiens „für das Wohl und Wehe Rußlands bestimmend“ sei. (S. 74). Um so bemerkenswerter ist, daß er diese Länder in seiner Karte als amerikanische Einflußzone einzeichnet. Südkorea diene dazu, „ohne anmaßende Präsenz im Land selbst Japan abzuwehren und daran zu hindern, sich zu einer unabhängigen und größeren Militärmacht aufzuschwingen.“ (S. 76).

Von den USA sei zwar seit Kennedy „gebetsmühenhaft gleichberechtigte Partnerschaft“ beschworen worden, die es aber tatsächlich kaum gegeben habe. Die Haltung gegenüber Iran und Irak „wurden von den USA nicht als eine strittige Angelegenheit zwischen gleichgestellten Partnern, sondern als ein Fall von Insubordination behandelt.“ (S. 79). Wegen Frankreichs Sonderwegen haben die USA eine deutsche Vorherrschaft in Europa (man muß ergänzen: bis Schröder) vorgezogen, weshalb die Franzosen als Gegengewicht eine Verbindung zu Engländern und Moskau aufzubauen suchten. Wenn ein wirkliches vereintes Europa entstanden sei, würde dies „unweigerlich die Vormachtstellung der USA innerhalb des Bündnisses schwächen“ (S. 80). Mit anderen Worten: Es kann nicht im amerikanischen Interesse sein, daß die Europäer enger zusammenarbeiten.

Brzezinski sieht, daß es sowohl im Gürtel der von der Sowjetunion unabhängig gewordenen Staaten Georgien bis Kirgistan zu Konflikten und Kriegen kommen kann, ebenso mit Rücksicht auf den arabisch-israelischen Konflikt im Nahen Osten. Diese Konflikte könnten durch Stärkung des islamischen Fundamentalismus einige prowestliche Regierungen im Nahen Osten unterminieren und

schließlich amerikanische Interessen in der Region, besonders am Persischen Golf, gefährden. „Ohne politischen Zusammenhalt und ohne die Rückendeckung eines wirklich mächtigen islamischen Staates fehlt es dem islamischen Fundamentalismus an einem geopolitischen Kern, deshalb würde die von ihm ausgehende Kampfansage sich wahrscheinlich eher in diffuser Gewalt Bahn brechen.“ (S. 85).

Als geostrategisch „grundlegendes Problem“ wird Chinas Aufstieg zur Großmacht bezeichnet. Soll Amerika bereit sein, die Einbindung Chinas in die Weltpolitik zu akzeptieren? Welche Koalitionen könnten sich bilden, um die amerikanische Vormacht herauszufordern? „Das gefährlichste Szenario wäre möglicherweise eine große Koalition zwischen China, Rußland und vielleicht dem Iran, ein nicht durch Ideologie, sondern durch die tiefsitzende Unzufriedenheit aller Beteiligten geeintes antihegemoniales Bündnis. Ein solches Bündnis würde in Größenordnung und Reichweite an die Herausforderung erinnern, die einst von dem chinesisch-sowjetischen Block ausging, obgleich diesmal wahrscheinlich China die Führung übernehmen und Rußland sich dieser anschliesse.“ (S. 87). Eine noch folgenreichere Herausforderung könnte eine chinesisch-japanische Achse bedeuten; eine weitblickende amerikanische Politik in Fernost solle allerdings „sehr gut in der Lage sein, das Eintreten eines solchen Falles zu verhindern.“ (S. 87) Nicht völlig auszuschließen sei auch eine europäische Neuorientierung, die auch eine deutsch-russische Absprache oder eine französisch-russische Entente zur Folge hätte. Für beide gäbe es in der Geschichte eindeutige Präzedenzfälle, und zu einer von beiden könnte es kommen, wenn die europäische Einigung ins Stocken geriete und sich die Beziehungen zwischen Europa und Amerika ernsthaft verschlechtern sollten.

Europa wird von Brzezinski als Amerikas natürlicher Verbündeter bezeichnet, weil es dieselben Werte teile und im wesentlichen dasselbe religiöse Erbe habe; dazu habe ich oben schon Ausführungen gemacht. Es sei demokratischen Prinzipien verpflichtet und die ursprüngliche Heimat der großen Mehrzahl der Amerikaner. Eine erfolgreich verlaufene politische Vereinigung würde etwa 400 Mio. Menschen unter einem Dach zusammenschließen, weshalb ein solches Europa „zwangsläufig eine Weltmacht werden“ würde.

Dies ist sicherlich falsch; anders als die USA, die durch eine einheitliche Sprache geprägt werden, sind schon jetzt die Reibungsverluste so groß, und wird das EU-Europa durch zu viele wirtschaftlich arme Staaten belastet, so daß ein vereintes Europa zum Niedergang aller Staaten, Zugrunderichten der Wirtschaft der noch jetzt wirtschaftlich starken Staaten und nachfolgend deren politischen Machtlosigkeit führen wird.

Bezeichnend ist, daß Europa als „Amerikas unverzichtbarer geopolitischer Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent“ bezeichnet wird (S. 91). Dadurch werde der politische Einfluß und die politische Macht Amerikas „unmittelbar auf dem eurasischen Festland“ verankert.

Hinsichtlich Europa sagt Brzezinski: „Frankreich erhofft sich durch Europa seine Wiedergeburt, Deutschland seine Erlösung.“ (S. 94). Frankreich glaube, in Europa die Führung übernehmen zu können; noch 1995 gab es spontanen Beifall für die Worte des französischen Premierministers in der Nationalversammlung, daß Frankreich „seinen Ruf als Weltmacht behaupten kann und muß“. Er fährt fort: „Wenn jedoch Frankreich Europas Zukunft gestalten soll, muß es Deutschland mit einbeziehen, zugleich aber an die Kette legen, während es Washington seine politische Führungsrolle in europäischen Angelegenheiten Schritt für Schritt abzunehmen sucht.“ (S. 98). Deutschland hingegen kenne die wahren Grenzen französischer Macht; Frankreich sei wirtschaftlich viel schwächer als

Deutschland, und sein Militärapparat nicht sehr leistungsfähig. „Frankreich ist nicht mehr und nicht weniger als eine europäische Macht mittleren Kalibers.“ Durch die Wiedervereinigung sei Deutschland „automatisch die unbestreitbar erste Macht in Westeuropa“ geworden und eine Weltmacht (Anmerkung: eine merkwürdige Interpretation!) „vor allem wegen seiner beträchtlichen Beitragszahlungen zur Unterstützung der wichtigsten internationalen Institutionen“. Hierzu wird darauf verwiesen, daß Deutschland am Gesamtbudget von der EU 28,5 % trägt, von der NATO 22,8 %, von der UNO 8,93 %. Die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung werden hauptsächlich von Deutschland finanziert. Deswegen sei Frankreich auch wieder in die NATO zurückgekommen. (Anmerkung: wie der erste Oberkommandierende der NATO erklärt hatte, ist ja das Ziel der NATO, die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten.) Bemerkenswert ist die Ausführung im Buch, daß das wiedervereinigte Deutschland „gedrängt von den USA“ die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zu Polen anerkannt habe (S. 106). Bemerkenswert ist auch, daß Brzezinski den USA rät, die Bemühungen um die europäische Einigung zu unterstützen, weil sonst „Rußland oder Deutschland“ Anlässe fänden, ihrem geopolitischen Geltungsdrang freien Lauf zu lassen: „In solch einem Fall würde zumindest Deutschland vermutlich seine nationalen Interessen bestimmter und deutlicher geltend machen.“ (S. 112). Wenn Deutschland – wie im gesamten Mittelalter – in Europa stärkste Ordnungsmacht sei, verlöre Europa seine Funktion als „eurasischer Brückenkopf für amerikanische Macht und als mögliches Sprungbrett für eine Ausdehnung des demokratischen Globalsystems in den eurasischen Kontinent hinein.“ (S. 113). Die Gefahr bestünde zwar, daß eine mächtige Europäische Union irgendwann einmal der politische Nebenbuhler der Vereinigten Staaten werden könne, und auf wirtschaftlich-technologischem Gebiet ein schwieriger Konkurrent. Aber: „Bei einer Stagnation der europäischen Einigung wird Deutschlands Selbstidentifikation mit Europa nahezu zwangsläufig schwinden und das deutsche Staatsinteresse folglich eine nationalere Handschrift tragen.“ (S. 114). Mit anderen Worten: Deutschland soll in Europa eingebunden werden, damit es dort und anderswo sein Volksvermögen verschwendet und nicht auf die Idee kommt, seine nationalen Interessen zu vertreten. Auch Polen soll in die NATO aufgenommen werden, um zusammen mit Frankreich „die Führung Deutschlands in Europa etwas auszubalancieren“ (S. 118). Die USA müßten sich von Frankreich einiges gefallen lassen, weil Frankreich „ein maßgebender Partner bei der grundlegenden Aufgabe ist, ein demokratisches Deutschland auf Dauer fest in Europa einzubinden“ (S. 119). Da Frankreich nicht stark genug sei, Amerika in den geostrategischen Grundlagen seiner Europapolitik zu behindern, könne man seine Eigenheiten und sogar Ausfälle tolerieren. Die beherrschende Position Deutschlands lasse sich zwar nicht bestreiten. Aber: „Ein von Berlin aus errichtetes und geführtes Europa ist schlechterdings undenkbar.“ (S. 120). Die Gestaltung Europas dürfe nicht den Einwänden Moskaus untergeordnet werden. Amerikas langjährige Rolle in Europa stünde auf dem Spiel. Deshalb sei die Erweiterung der NATO von entscheidender Bedeutung (Anmerkung: die zwischenzeitlich vollzogen ist). Die Ukraine solle in ein Sonderverhältnis zwischen Frankreich, Deutschland und Polen eingebunden werden. Es gehe darum, „zu einem Versailler Europa zu kommen“ (S. 129; Anmerkung: Das Versailler Diktat mit der Knechtung, Entrechtung und Ausplünderung Deutschlands, das zu 6 Mio. Arbeitslosen führte, ist uns noch in guter Erinnerung!)

Er legt dann dar, daß die Auflösung der Sowjetunion zu einer entscheidenden Schwächung Rußlands geführt hat, insbesondere hinsichtlich der Ukraine und der im Süden gelegenen Republiken, die nunmehr auch einen „Zustrom geschäftstüchtiger Ölinvestoren aus dem Westen“ (S. 138) erlebten. Für die Russen sei das Gespenst eines möglichen Konflikts mit den islamischen Staaten entlang der gesamten Südflanke Rußlands (die zusammen mit der Türkei, dem Iran und Pakistan mehr als 300 Mio. Menschen aufbieten) Anlaß zu ernster Besorgnis. In Asien drücke China auf Ruß-

lands Grenzen. Vollständig verunsichert, setzte zunächst eine Führungsschicht um Jelzin auf ein amerikanisch-russisches Kondominat, weil die Amerikaner das Schlagwort von der vollentwickelten strategischen Partnerschaft zwischen Washington und Moskau in die Welt gesetzt hatten. Dazu sagt Brzezinski nur kühl: „Die Vorstellung von einer vollentwickelten strategischen Partnerschaft war ebenso schmeichelhaft wie irreführend. Amerika verspürte keinerlei Neigung, seine Weltmacht mit Rußland zu teilen, es wäre auch völlig unrealistisch gewesen... Überdies gingen in einigen der für die Vereinigten Staaten aus nationalem Interesse zentralen geostrategischen Fragen – in Europa, dem Nahen Osten und in Fernost – die amerikanischen und russischen Bestrebungen keineswegs in die gleiche Richtung.“ (S. 148). In Rußland habe sich daraufhin immer mehr der Eindruck verstärkt, als sei diese Formel bewußt dazu bestimmt gewesen, Rußland hinters Licht zu führen, und hat – dies als meine Anmerkung – dazu geführt, daß die Vertreter dieser Richtung (gleichbedeutend mit Freihandel pp.) nicht einmal 5 % bei den letzten Duma-Wahlen erhalten haben. Verstärkt wurden diese Bedenken durch die NATO-Osterweiterung. Brzezinski verweist darauf, daß beim Militär und im Außenministerium manche an den Überzeugungen festgehalten hätten, „daß Amerika in Eurasien nichts zu suchen habe und die NATO-Erweiterung weitgehend auf den Wunsch der Amerikaner zurückgehe, ihre Einflußsphäre zu vergrößern.“ (Deswegen die Russen zu kritisieren – so meine Anmerkung – ist allerdings gerade von amerikanischer Seite aus absurd: Die Amerikaner haben die Monroe-Doktrin aufgestellt, wonach weder in Nord- noch in Südamerika irgendeine andere Macht außer den USA entscheidenden Einfluß haben dürfte. Für die russische Einflußzone und sogar für die Staaten, die auf früher sowjetischem Territorium gelegen haben, wird eine vergleichbare russische Einstellung von den USA aber angegriffen.) Spätestens 1994 zeigte sich eine zunehmende Tendenz der USA, den amerikanisch-ukrainischen Beziehungen höchste Priorität beizumessen, und es fanden sogar gemeinsame Militärübungen von ukrainischen und amerikanischen Truppen statt. Hinzu kommt, was selbst Brzezinski zugibt, daß in der Sowjetunion schließlich ein gemeinsamer Wirtschaftsraum bestanden hatte, der nach der Auflösung der Sowjetunion in viele Einzelstaaten weiterbestand. Deswegen liegt natürlich in diesem Raum das russische Interesse. Da eine engere Zusammenarbeit in der GUS nicht vorankam, näherte sich Rußland China an, und unterstütze auch den Iran. Als Neuentwicklung ist hierzu nachzutragen, daß Putin dann unverhohlen im deutschen Bundestag die Deutschen aufgefordert hat, aus ihrer passiven und auf die Vergangenheit fixierte Bützerrolle herauszutreten, und eine eigenständige an nationalen Interessen orientierte Politik zu treiben. Leider ist diese Ermunterung ohne Antwort geblieben bis zum zweiten Irakkrieg, wo sich eine Achse – angestoßen von Deutschland, das sich als erstes Land gegen diesen Krieg aussprach – von Paris, Berlin, Moskau bis Peking bildete, mithin den gesamten eurasischen Kontinent umspannend. Als die Amerikaner nach dem erfolgreichen Test einer Raketenabwehr-Rakete einseitig den Vertrag, der ihnen und den Russen den Aufbau eines solchen Systems untersagte, für gekündigt erklärten (sie hatten heimlich immer weiter daran gearbeitet), wurde dieser Vertragsbruch nicht nur von Rußland, sondern auch von China schärfstes mißbilligt. Worum es bei der Schwächung Rußlands geht, kommt in Brzezinskis Buch in Sätzen zum Ausdruck wie: „Ein unabhängiges Aserbaidshan kann dem Westen den Zugang zu dem an Ölquellen reichen kaspischen Becken und Zentralasien eröffnen.“ (S. 177; statt „Westen“ ist hier „USA“ zu setzen). Zur starken nationalistischen Haltung der usbekischen Führung, die sogar russische Kindergärten schließt, wird erklärt: „Für die Vereinigten Staaten, die in Asien eine Politik der Schwächung Rußlands verfolgen, ist diese Position ungemein attraktiv.“ (S. 211). Da die muslimischen Staaten in der früheren Sowjetunion eine reguläre Verfolgung der Slawen durchgesetzt haben, unterstütze Rußland die christlichen Armenier in ihrem Konflikt mit den muslimen Aserbaidshanern über die Enklave Berg-Karabach (mit überwiegend armenischer Bevölkerung), ein Krieg, der als Religionskrieg geführt

wurde. Während in den muslimischen zentralasiatischen Staaten nach der Selbständigkeit ca. 9,5 Mio. Russen unter fremde Herrschaft gekommen sind, leben in Rußland selbst 20 Mio. Muslime, die mithin etwa 13 % der russischen Bevölkerung ausmachen, und zu Störfaktoren (siehe Tschetschenien) werden. Sie sind sehr geburtenreich, so daß sich ihr prozentualer Anteil laufend zulasten der Russen erhöht.

Die Türkei ist sich über ihre Rolle uneinig. Die Modernisten sähen ihr Land gerne als europäischen Staat und blicken nach Westen, die Islamisten tendieren in Richtung Naher Osten und muslimischer Gemeinschaften und schauen nach Süden, die historisch denkenden Nationalisten entdecken in den Turkvölkern des Kaspischen Beckens und Zentralasiens ein neues Missionsgebiet für eine in der Region dominierende Türkei und sehen deshalb nach Osten. (S. 195).

Ganz unverhohlen erklärt Brzezinski, daß im nachsowjetischen Eurasien sich die USA in „drohendem Hintergrund“ bereithielten, weil sie „nicht allein an der Förderung der Bodenschätze in der Region interessiert“ seien, sondern auch verhindern wollten, daß Rußland diesen geopolitischen Raum allein beherrsche. „Neben seinen weiterreichenden geostrategischen Zielen in Eurasien vertritt Amerika auch ein eigenes wachsendes ökonomisches Interesse... an einem unbehinderten Zugang zu dieser dem Westen bisher verschlossenen Region.“ (S. 203) Es gehe also darum, wer „den geopolitischen und ökonomischen Gewinn einheimst.“ (S. 203). Amerika sei zu mächtig, bei diesem Teil Eurasiens „unbeteiligt zuzusehen“ (S. 215). Sein Interesse müsse folglich sein, daß „keine einzelne Macht die Kontrolle über das Gebiet erlangt“ (S. 215). (Anmerkung: was würden wohl die USA sagen, wenn Rußland erklären würde, die USA sei nicht berechtigt, die Kontrolle über Südamerika alleine zu haben?) „Somit kann das Bemühen Rußlands, allein über den Zugang zu bestimmen, nicht hingenommen werden...“ (S. 216).

Zu China sagt Brzezinski zurecht, daß seit undenklichen Zeiten China mit seiner riesigen Bevölkerung eine eigenständige und stolze Zivilisation ganz besonderer Art gewesen sei, die auf vielen Gebieten hoch entwickelt sei. Die Demütigung der letzten 150 Jahre sei für jeden Chinesen eine persönliche Beleidigung, die getilgt werden müsse. An dieser Demütigung waren zunächst Großbritannien mit dem zur Einfuhr von Opium geführten Krieges und der daraus folgenden schmachvollen Erniedrigung Chinas beteiligt, Japan und Rußland wegen Raubkriegen und Übergriffen auf chinesisches Territorium, und schließlich Amerika, das Taiwan unterstützte und China überall in den Weg trat. Großbritannien und Rußland seien bestraft; ungeklärt sei das Verhältnis zu den anderen beiden. China könne innerhalb von zwei Jahrzehnten zu einer Weltmacht aufsteigen, etwa gleichauf mit den Vereinigten Staaten. Dazu bedürfe es aber einer erfolgreichen Staatsführung, Ruhe im Land, sozialer Disziplin, hoher Sparzuwächse, eines weiteren starken Zustroms ausländischer Investitionen und regionaler Stabilität. Brzezinski erklärt, daß eine anhaltende Verbindung dieser positiven Faktoren mehr als fraglich sei; (in den sieben Jahren, die seit der Niederschrift des Buches vergangen sind, hat sich aber die chinesische Erfolgsgeschichte fortgesetzt.) China will einen beherrschenden Aufstieg von Japan verhindern, wozu Brzezinski schreibt: „Deutschland sind durch seine militärische Integration in die NATO die Hände gebunden, während Japan von seinen eigenen (obzwar die Handschrift Amerikas aufweisenden) Verfassungsvorbehalten und dem amerikanisch-japanischen Sicherheitsabkommen in Schranken gehalten wird. Beide sind Wirtschafts- und Finanzriesen, regional bestimmend und rangieren ganz oben auf der globalen Skala. Beide kann man als Quasi-Weltmächte bezeichnen, und beide verstimmt es, daß man ihnen die mit einem dauerhaften Sitz im UN-Sicherheitsrat verbundene Anerkennung verweigert.“ (S. 252). Japan sei aber in der Region politisch isoliert, anders als Deutschland. Chinas Aufstieg werde Japan einmal vor die Wahl

stellen, entweder mit Amerika gemeinsame Sache gegen China zu machen oder ohne Amerika und mit China verbündet zu sein.

Faszinierend an diesem Buch ist, wie er darstellt, daß weltweit die eigenen Interessen vertreten werden (mit Ausnahme Deutschlands), und zwar von allen Staaten. Der Verfasser glaubt, daß Amerika „das Amt des Weltpolizisten“ (S. 279) wird weiter ausüben können, daß es für mehr als eine Generation als führende Weltmacht wohl von keinem Herausforderer angefochten werden könnte und Amerika deshalb die für die Welt „unentbehrliche Nation“ (Präsident Clinton) sei. Allerdings könne es unvorhersehbare Ereignisse geben, worunter er beispielsweise auch zählt, daß dann, wenn Massenarbeitslosigkeit in erfolgreichen europäischen Staaten andauere, dies „ausländerfeindliche Reaktionen, die in der deutschen oder französischen Politik einen plötzlichen Rechtsruck und chauvinistische Tendenzen herbeiführen könnten“, geben könne. Um das zu verhindern, müßten die Vereinigten Staaten Europas Einigungsbemühungen nachhaltig ermuntern (S. 280). Zum ersten Mal in der Geschichte sei ein einzelner Staat die wirkliche Weltmacht, und zum ersten Mal werde der zentrale Schauplatz der Welt, Eurasien, von einer außereurasischen Macht dominiert. Kurzfristig sei es in Amerikas Interesse, den „Pluralismus auf der Landkarte Eurasiens zu festigen“, „damit keine gegnerische Koalition zustande kommt, die schließlich Amerikas Vorrangstellung in Frage stellen könnte.“ (S. 283). Die Aufgabe bestehe darin sicherzustellen, daß kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlange, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen. (S. 283). Europa solle sich zwar mehr zusammenschließen, dürfe aber nicht so geschlossen sein, daß es den Vereinigten Staaten in für sie bedeutsamen geopolitischen Belangen anderswo, insbesondere im Nahen Osten, herausfordern könnte (S. 284). Durch die Blume zielt die amerikanische Politik offensichtlich auf eine Aufteilung Rußlands, wie aus den Ausführungen auf S. 288 hervorgeht, daß ein „dezentralisiertes Rußland“ weniger anfällig für imperialistische Propaganda sei, und einem lockeren konföderierten Rußland – „bestehend aus einem europäischen Rußland, einer sibirischen Republik und einer fernöstlichen Republik“ es leichter fiele, engere Wirtschaftsbeziehungen mit Europa, den neuen Staaten Zentralasiens und dem Osten zu pflegen. (Das Land, das einen ganzen Kontinent vom Osten zum Westen hin beharrlich sich unterwarf, das 1861 bis 1865 den bis heute für es verlustreichsten Krieg führte, um die Unabhängigkeit der konföderierten Staaten zu verhindern, empfiehlt Rußland nunmehr also die Aufteilung!). Ein gutes Verhältnis Amerikas zu Rußland sei gleichgültig; entscheidend sei die Unterstützung unabhängiger Schlüsselstaaten in amerikanischem Interesse, der Aufbau engerer Beziehungen, um sie „dem Weltmarkt zu öffnen“. (S. 290). Europa dürfe die Türkei nicht vor den Kopf stoßen, damit Amerika seinen Einfluß dort behalten könne. „Demgemäß sollte Amerika seinen Einfluß in Europa für einen Beitritt der Türkei geltend machen, und darauf achten, daß die Türkei als europäischer Staat behandelt wird – immer vorausgesetzt, die türkische Innenpolitik nimmt keine dramatische Wendung in die islamistische Richtung.“ (S. 291). Hierzu angemerkt: Genauso hat es die amerikanische Politik auch gemacht. Und wie sehr es den USA nur um ihre eigene Macht geht, hat die Tatsache gezeigt, daß Frankreich und Deutschland, die den zweiten Irakkrieg ablehnten, abschätzig als zum „alten Europa“ von Rumsfeld abqualifiziert wurden, und er sogar die Stirn hatte, zu behaupten, die USA würden allgemein unterstützt mit Ausnahme von einigen Staaten wie Kuba, Libyen und Deutschland. Der Staat, der – auch laut Brzezinski – seit 1949 verlängerter Arm der USA in Europa war, der noch 1991 mit 17 Milliarden Dollar den 1. Irakkrieg finanzierte, wurde nur deswegen, weil er in einem Punkt eine andere politische Meinung als die US-Führung hatte, in einem Atemzug in die „Achse des Bösen“, zu der Kuba und Libyen gehören, eingereiht! Die bundesdeutschen demokratischen Institutionen, Christentum oder westliche Kultur zählen für die USA also offensichtlich weniger als die bedingungslose Unter-

ordnung unter den imperialen Herrschaftswillen der USA. Die Politiker in der CDU, die die Erhaltung der „amerikanischen Freundschaft“ für unverzichtbar erachten, hätten dort eigentlich aufwachen müssen, aber sie bejammerten gleich die Abweichung und betonten, einen „deutschen Sonderweg“ dürfe es nie mehr geben! – China müsse bei „etwaigen Auswüchsen seines Machtgebahrens“ entgegengetreten werden (S. 296).

Abschließend sagt Brzezinski, daß Amerika zwar die erste und einzige echte Supermacht sei, aber sich ihr konstruktives Wirken möglicherweise aus innenpolitischen wie auch außenpolitischen Gründen als relativ kurz erweisen werde. „Da Amerikas Gesellschaft in steigendem Maße multikulturelle Züge annimmt, dürfte, außer in Fällen einer wirklich massiven und unmittelbaren Bedrohung von außen, ein Konsens über außenpolitische Fragen zunehmend schwerer herbeizuführen sein.“ (S. 300). Die Ausübung der Macht „erfordert ein hohes Maß an weltanschaulicher Motivation, intellektuellem Einsatz und patriotischer Begeisterung. Doch das kulturelle Leben steht mehr und mehr im Zeichen der Massenunterhaltung, in der persönlicher Hedonismus und gesellschaftlicher Eskapismus die Themen bestimmen. Aus all diesen Gründen wird es immer schwieriger, den notwendigen politischen Konsens über eine andauernde und gelegentlich auch kostspielige Führungsrolle der USA im Ausland herzustellen. Tonangebend in der Meinungsbildung sind die Massenmedien, die auf jeden noch so vorsichtigen Einsatz von Gewalt, selbst wenn er mit geringen Verlusten verbunden ist, mit Abscheu und Empörung reagieren.“ (S. 301 f). Hierzu ist anzumerken, daß dann, wenn israelische Interessen im Spiele sind, die Massenmedien durchaus zur Kriegsbegeisterung aufputschen, wie beim Irakkrieg, wo eine unmittelbare atomare Bedrohung der USA und Bestrafung der von Saddam Hussein ausgehenden Anschläge vom 11. September (was totaler Quatsch war) der dummen Masse vorgegaukelt wurden.

Ferner erklärt er, daß sowohl Amerika wie Westeuropa Mühe hätten, mit dem „dramatischen Werteverfall in der Gesellschaft fertigzuwerden“. „Die daraus resultierende kulturelle Krise ist durch die Verbreitung von Drogen und, vor allem in den USA, die Verknüpfung mit der Rassenproblematik noch verschärft worden.“ Ferner mache sich in einsichtigen Kreisen der westlichen Gesellschaft „eine gewisse Zukunftsangst, vielleicht auch Pessimismus“ breit. Bei wohlhabenden Nationen sei der Krieg zu einem „Luxus“ geworden. „Jene 2/3 der Menschheit, die in Armut leben, werden sich wohl auf absehbare Zeit nicht von der Zurückhaltung der Privilegierten leiten lassen.“ (S. 303). Ferner wachse die Wahrscheinlichkeit, daß von Terrorgruppen auch Waffen mit großer Vernichtungskraft eingesetzt werden könnten. Gleichwohl erklärt Brzezinski abschließend: „Kurz, die Politik der USA muß unverdrossen und ohne Wenn und Aber ein doppeltes Ziel verfolgen: Die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren und einen geopolitischen Rahmen zu schaffen, der die mit sozialen und politischen Veränderungen unvermeidlich einhergehenden Erschütterungen und Belastungen dämpfen und sich zum geopolitischen Zentrum gemeinsamer Verantwortung für eine friedliche Weltherrschaft entwickeln kann.“ (S. 306).

Anders als Brzezinski sieht Todd die USA bereits im Niedergang. Den Erfolg seines Buches macht es vermutlich aus, daß er eine etwas differenziertere Haltung einnimmt, als die von vielen Linksintellektuellen vertretene „Amerika-ist-böse“-Haltung. Er kritisiert beispielsweise Noam Chomsky, der auch ein starker Kritiker der amerikanischen Politik ist, der aber eine Kontinuität in der amerikanischen Politik sieht, die immer militaristisch gewesen sei und eine Liberalität vorgespield habe, die es nie gegeben habe. Todd ist dagegen der Meinung, daß Amerika lediglich in den letzten Jahren imperialistisch gewesen sei; seine These ist, daß Demokratien grundsätzlich keine anderen Demo-

kratien angreifen. Wir sollten uns zur Beruhigung ins Gedächtnis rufen, „daß Amerika doch immerhin eine Demokratie ist und daß Demokratien untereinander keine Kriege führen.“ (S. 31). (Anmerkung: dies ist natürlich kompletter Unsinn, gerade bei den USA, die zahlreiche Staaten, angefangen von Mexiko, angegriffen haben, wobei es ihnen völlig egal war, welche Regierungsform dort herrschte. Sie haben durch Putsche von ihnen finanzierter Söldner demokratisch gewählte Regierungen absetzen lassen, wenn ihnen deren Richtung nicht paßte. Wie auch seriöse Zeitgeschichtler zugeben, hat eine überwältigende Mehrheit von Deutschen, mehr als 90 %, 1939 hinter Adolf Hitler gestanden; trotzdem haben die USA Druck auf Großbritannien ausgeübt, Deutschland den Krieg zu erklären, sofort unter Bruch der Neutralität und verschiedener amerikanischer Neutralitätsgesetze in großem Umfange Kriegsmaterial an England und später an Rußland geliefert, und pikanterweise fast auf den Tag genau 60 Jahre vor dem 11.09.2001, nämlich am 12.09.1941 hat Roosevelt ohne Kriegserklärung den Krieg mit Deutschland begonnen, indem er seiner Flotte den Befehl gab, jedes deutsche Kriegsschiff zu versenken, was den Chef der amerikanischen Flotte dazu bewegte, zu erklären, Amerika sei in den Krieg eingetreten, bloß die Nation wisse es noch nicht. Ihn interessierte überhaupt nicht, ob Hitler demokratisch legitimiert war oder nicht; es ging hier um die Zerschlagung Deutschlands, das die Golddeckung seiner Währung abgeschafft hatte und mit Rücksicht darauf innerhalb von vier Jahren 6 Mio. Arbeitslose von den Straßen bekommen hatte, wohingegen Roosevelts „New Deal“ keinerlei positive Auswirkungen hatte, und Roosevelt unbedingt einen Krieg zwecks Ausweitung der Rüstungsindustrie brauchte, um seine 13 Mio. Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, der selbst mit heuchlerischen Phrasen dem Deutschen Reich 1917 den Krieg erklärt hat, sagte am 05.09.1919: „Gibt es einen Mann oder eine Frau – ja laßt mich sagen, gibt es ein Kind –, das nicht weiß, daß der Samen des Krieges in der modernen Welt der industrielle und wirtschaftliche Wettbewerb zwischen den Nationen ist?... Dieses war ein Industrie- und Handelskrieg.“). Wenn Todd schreibt: „Im Laufe der Geschichte ist es Amerikas weltpolitische Rolle geworden, das demokratische Prinzip zu verteidigen, wenn es bedroht erschien: Durch den deutschen Nationalsozialismus, den japanischen Militarismus, den russischen und chinesischen Kommunismus“, dann ist dies ganz einfach Unsinn. (Die Amerikaner haben, genauso wie die Briten bei der Errichtung ihres Weltreiches vorher, ihre Absichten immer mit schönen Phrasen getarnt: In Afghanistan ging es nicht um eine Ölpipeline, sondern um die Bekämpfung des Terrors, im Irak ging es um die Verhinderung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen usw.) Todd hat die Auffassung von Doyle übernommen, daß Demokratien keinen Krieg anfangen, und hat dies mit Fukujamas These vom „Ende der Geschichte“ verknüpft, wonach der Zerfall der kommunistischen Systeme nur eine Etappe auf dem Weg zur Freiheit aller Menschen sei, mithin in einigen Jahren wir einen Planeten haben werden, auf dem der ewige Frieden gesichert sei (S. 26). Er korrigiert lediglich Doyles These, indem er sagt, daß Demokratien zwar durchaus Kriege führen, aber nicht mit anderen Demokratien, sondern gegen andere politische Systeme. Dazu klittert er die Geschichte, indem er erklärt, der erste Weltkrieg sei von Österreich-Ungarn und Deutschland vom Zaun gebrochen worden, in denen die Regierung dem Parlament nicht wirklich verantwortlich gewesen sei (S. 25). In beiden Ländern herrschte aber eine konstitutionelle Monarchie, nicht anders als beispielsweise in Großbritannien, das bekanntlich Deutschland im ersten Weltkrieg den Krieg erklärt hat. Im übrigen ist die seriöse Geschichtsforschung auch in den USA der Auffassung, daß Deutschland allenfalls an fünfter Stelle der Kriegsschuldigen des ersten Weltkrieges genannt werden muß: Französische Revanchegelüste, um Elsaß-Lothringen sich einzuverleiben, britische Bestrebungen, den deutschen Wirtschaftskonkurrenten auf dem Weltmarkt auszuschalten, russische panslawistische Bestrebungen zur Zerschlagung Österreich-Ungarns und „Befreiung der slawischen

Brüder“ und serbische Freimaurerhörigkeit hatten sehr viel größere Bedeutung für den Ausbruch dieses Krieges.

Um nun die gegenwärtige Kriegspolitik der USA zu erklären, behauptet er einen „Niedergang der amerikanischen Demokratie“, weswegen es heute auch bei den USA nicht mehr undenkbar sei, daß sie gegen Demokratien Kriege führen würden. Diesen Niedergang begründet er mit dem Entstehen einer neuen Klasse, einer Oligarchie, die sich aus 20 % der Bevölkerung zusammensetze, die 50 % der Wirtschaftskraft kontrollierten. Auch hier ist von ihm schlecht recherchiert worden; 50 % der Wirtschaftskraft werden von viel weniger Prozent der Bevölkerung kontrolliert, und schon nach dem ersten Weltkrieg galt das Wort von Rathenau, daß 300 Personen Europa beherrschen, von denen jeder jeden kennt. Seine Behauptung, daß eine Demokratie an sich friedlich sein müsse, hat sich oft – und gerade auch bei den USA – als falsch erwiesen. Abgesehen davon, daß durch Neutralitätsbrüche ein anderes Land zum Zurückschlagen provoziert werden kann, wie es hinsichtlich Japans und Deutschlands im zweiten Weltkrieg durch Roosevelt provoziert wurde, können durch Massenmedien Leidenschaften aufgepuscht werden, wie beispielsweise zum ersten Irakkrieg durch die Lüge, daß irakische Soldaten angeblich Babys aus Brutkästen in Kuwaiter Krankenhäusern herausgerissen und auf die Straße geworfen hätten, die eine Kriegsbegeisterung in den USA anfachten. Genauso war es früher schon durch erfundene Übergriffe Mexikos gegenüber den USA oder angebliche Greuel deutscher Soldaten im 1. Weltkrieg, die angeblich belgischen Jungens die Hände abhackten, damit diese später nicht Soldaten würden. Die liberale Demokratie bedeutet Herrschaft der Massenmedien, weil diese Sachverhalte oft falsch oder einseitig darstellen und Meinungen erzeugen, ferner Kandidaten sympathisch oder unsympathisch zeigen, und die Massenmedien wiederum stehen unter Kontrolle der wirtschaftlich Mächtigen, so daß eine liberale Demokratie heutzutage eine Oligarchie ist, was Todd nicht erkannt hat.

Im übrigen sind verschiedene seiner Ausführungen auch widersprüchlich. Richtig sagt er beispielsweise (S. 37): „Das fundamentale strategische Ziel der Vereinigten Staaten ist die weltweite politische Kontrolle über die Ressourcen des Planeten.“ Es sei Amerika dazu zu schwach; seine Kraft reiche nur aus, um vergleichbar kleine Staaten wie den Irak anzugreifen. Damit werde der Anspruch als Supermacht unterstrichen, stärke die Macht Amerikas und verzögere bei den großen Mächten die Erkenntnis, daß sie aufgerufen seien, die Weltherrschaft mit den Vereinigten Staaten zu teilen. Richtig sagt er weiter, daß durch freien Handel alle Länder der Welt zueinander in Konkurrenz treten mit der Folge, daß die Löhne sinken. Dies führt zu einer Verarmung in den reichen Ländern, macht in den Entwicklungsländern aber auch nur eine Minderheit reich. Als Allheilmittel für die – auch von ihm gesehenen – zahlreichen Religions- und Stammeskriege in der Welt sieht er folgendes Modell: Überall verbreitet sich Lesen und Schreiben. Die Alphabetisierung der Frauen führe zur Geburtenkontrolle, damit einem Sinken der Geburtenzahl und auch deshalb mehr Aussicht für Frieden – so Todd. Er begründet dies damit, daß mit Vermehrung von Kenntnissen sich der Wunsch nach Demokratie und Freiheit einstelle. Dies allerdings stimmt, wie Huntington nachweist, nicht; allerdings sieht Huntington bei einer sehr hohen Geburtenrate bei Gesellschaften mit über 20 % 15 bis 24-jährigen die größten Umbrüche und Konflikte (ganz einfach deswegen, weil genug Männer in diesem Alter sich nicht anzupassen bereit sind). Dazu ist aber anzumerken, daß Großbritannien oder Frankreich Deutschland den Krieg erklärt haben, obwohl ihre Geburtenrate nicht sehr hoch war. Auch die USA haben in den letzten 50 Jahren zahlreiche Kriege geführt, obwohl ihre Geburtenrate nicht überdurchschnittlich hoch ist.

Andererseits können Todd zufolge durch die Alphabetisierung auch die Arbeiter in den Dritte Welt-Ländern ausgebeutet werden, weil dadurch erst die Globalisierung mit Verlagerung von Arbeitsstätten möglich werde. Um seine These, daß die Alphabetisierung zu Demokratisierung und zum Frieden führe, zu halten, muß er nicht in seine Theorie passende Dinge verbiegen. Beispielsweise behauptet er, daß sich der islamistische Eifer der Heilsfront erschöpft habe, und in der Türkei zwar religiöse Parteien an Stärke gewonnen hätten, aber keine Bedrohung für den laizistischen Staat darstellten (in der Türkei ist jetzt schließlich ein Ministerpräsident an die Macht gekommen, dessen früher favorisierte Partei gerade aus diesen Gründen verboten worden war!). Daß der Islamismus sich in einem „weltweiten Niedergang“ befände, wird zwar unter Verweis auf ein Buch von Kepel „Schwarzbuch des Dschihad“ behauptet, aber nicht begründet. Auch sonst ist er von Wunschdenken geprägt, so, wenn er (S. 66) behauptet: „Die Kosten, die es verursacht, wenn Menschen mit einem bestimmten Grad von Bewußtheit autoritär regiert werden sollen, sind so hoch, daß die betreffende Gesellschaft ökonomisch nicht mehr konkurrenzfähig ist.“ Soweit er die deutsch-französische Freundschaft als Beispiel dafür anführt, „daß aus einem langjährigen Kriegszustand etwas werden kann, das sehr nah an den ewigen Frieden herankommt“, ist angesichts der schlagartig negativen Umfragewerte zu Deutschland im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung, den Bemühungen des französischen Staatspräsidenten, die DDR durch Milliardenzahlungen zu stützen und von einer Wiedervereinigung abzubringen, und die bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion geltende französische Militärdoktrin, daß im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Westdeutschland die gesamte rheinische Tiefebene mit Atomwaffen atomar verseucht werden müsse, wohl nicht ernsthaft von einer schon erprobten Freundschaft auszugehen. Kein geringerer als de Gaulle hat gesagt, es sei gute französische Politik seit tausend Jahren gewesen, Deutschland geteilt zu halten. Frankreich erklärte seine Zustimmung zur Wiedervereinigung erst, als Deutschland sich bereit erklärte, auf die weltweit seit 1949 erfolgreichste Währung, die D-Mark, zugunsten des Euro zu verzichten, was eine französische Zeitung mit „Ein Versailler Vertrag ohne Krieg“ kommentierte. Bemerkenswert Todds Erklärung: „Hinter der Währungsunion... steckt in Wahrheit die Absicht, einem möglichen deutschen Vormachtsstreben die Zügel anzulegen.“ (S. 234). Das alles passierte, als in Tischreden tagtäglich die deutsch-französische Freundschaft gepriesen wurde. Auch sonst gibt es bei Todd abenteuerliche Thesen. Daß in Großbritannien und Frankreich die Geburtenraten bei 1,7 und 1,9 Kindern pro Frau liegen, in Deutschland und Italien bei 1,3 Kindern und bei 1,2 Kindern in Spanien, wird darauf zurückgeführt, daß in den letzteren Ländern Diktaturen früher die Macht ergriffen hätten. „Den Gesellschaften mit individualistischer Tradition wie Amerika, Frankreich und England scheint die Entscheidung für Kinder leichter zu fallen. In den Ländern mit einer eher autoritären Vergangenheit hat sich in demografischer Hinsicht eine passivere Einstellung zum Leben gehalten. Die Entscheidung für die Fruchtbarkeit, die aktiv getroffen werden muß, scheint den Menschen in diesen Ländern schwerer zu fallen.“

Hier sind gleich mehrere Fehler. Deutschland hatte eine niedrige Geburtenrate in der Weimarer Republik, die aber immer noch höher war als im demokratischen Frankreich zu der Zeit. Im autoritären Dritten Reich ging die Geburtenrate um mehr als 1/3 in die Höhe. Als die Wertevorstellungen des Nationalsozialismus noch nachwirkten, war zunächst auch in den 50er und Anfang der 60er Jahre in Deutschland die Geburtenrate noch hoch. In Westdeutschland sank sie dann durch einen Wertewandel in Richtung Individualismus, keine Verantwortung für andere übernehmen zu wollen pp. In der autoritär regierten DDR war bis zu deren Ende die Geburtenrate um 1/3 höher als in Westdeutschland und ist anschließend rasch gesunken.

Die höheren Geburtenraten in England und Frankreich und auch in den USA mit 1,8 Kindern pro Frau sind – was Todd verschweigt – im wesentlichen in Frankreich auf die 5 Mio. Muslime zurückzuführen, in England auf die farbige Bevölkerung, in den USA auf Mexikaner, Puertoricaner und schwarze Amerikaner. Sie haben also nichts mit irgendeiner „individualistischen Tradition“ dieser Länder zu tun. Die 1 % der französischen Familien mit 10 und mehr Kindern stellen 25 % der nächsten Generation, und es handelt sich dabei meist um Moslems.

Der Realitätsverlust von Todd geht zuweilen soweit, daß er tatsächlich erklärt: „Das Amerika der Jahre 1950 bis 1965, das Land der Massendemokratie, der Meinungsfreiheit, der Ausweitung der sozialen Rechte, des Kampfes um die Bürgerrechte – dieses Amerika war das Reich des Guten.“ (S. 154).

Richtig hingegen ist seine Beschreibung der wirtschaftlichen Anfälligkeit der USA. Die Amerikaner haben Jahr für Jahr mehr als 300 Milliarden Defizit in ihrer Handelsbilanz, was zeigt, daß sie vom ständigen Zufluß ausländischen Kapitals abhängig sind. Wenn Amerika sein Handelsbilanzdefizit ausgleichen wollte, würde dies für die amerikanische Bevölkerung eine Senkung des Lebensstandards um 15 bis 20 % bedeuten (S. 249). Dies wäre weder für Demokraten noch Republikaner ohne Revolution machbar, so daß die Militärausgaben enorm gesenkt werden müßten, um den Rückgang des Lebensstandards nicht zu hoch ausfallen zu lassen. Auch bei ihrer früheren Domäne, den technischen Produkten, haben sie 2002 mehr eingeführt als ausgeführt. Die Stromversorgung bricht zeitweilig zusammen, wie wir das sonst nur vom Ostblock gekannt haben. Die Einkommen der Arbeitnehmer stagnierten, und die 5 % der reichsten Amerikaner erhalten einen immer größeren Prozentsatz des Volkseinkommens. Die amerikanischen Truppen sind langsam, bürokratisch und ineffektiv; unbestreitbar sei nur die amerikanische Überlegenheit in der Luft und zur See. Traditionell habe aber Amerika eine Schwäche bei der Bodenkriegsführung, schon im zweiten Weltkrieg, und heute ebenso. Die Opferbereitschaft der Russen war und ist (siehe Afghanistan) viel höher als in den USA. Die USA haben ein enormes Haushaltsdefizit, das es auf Dauer verbietet, im bisherigen Umfang die Rüstung auszuweiten. 1990 lag die Börsenkapitalisierung in den Vereinigten Staaten bei 359 Milliarden Dollar, 1998 bei 13 451 Milliarden. Diese Steigerung stand in keinem Verhältnis zum realen Wachstum der amerikanischen Volkswirtschaft. Dies bedeutete nur, daß ein wichtiger Teil der weltweit anfallenden Profite an den amerikanischen Börsen investiert wurde. Jeder Firmenzusammenbruch in Amerika bedeutet deshalb für die europäischen und japanischen Banken (und Anleger) erhebliche Verluste. Irgendwann wird es wahrscheinlich zu einer Panik an den Börsen von unvorstellbarem Ausmaß kommen, gefolgt von einem tiefen Sturz des Dollars. (Ergänzend ist hierzu zu sagen, daß die nachgewiesenen Bilanzfälschungen bei großen amerikanischen Konzernen, um Gewinne und Umsätze vorzutäuschen, die es gar nicht gab, zu einer entsprechenden Zurückhaltung zur Investierung in amerikanische Aktien auch beitragen werden). Die Amerikaner seien dabei, den Reichtum der gesamten Welt an sich zu reißen, um ihn im eigenen Land zu verbrauchen. So sei es schon in Rom gewesen; Amerika habe aber nicht die militärische Macht des antiken Roms. (Ergänzend kann gesagt werden: Länder kann man durch Abdrosselung der Zufuhr mit Flotten und durch Bomben zerstören; ausbeuten kann man sie aber nur, wenn man eine schlagkräftige Armee hat, und die haben die Amerikaner nicht).

In anderen Fällen macht sich wieder die ideologische Voreingenommenheit des Verfassers bemerkbar. Den Universalismus, d. h. die Einbeziehung erobertter Völker und Menschen in den Kern des Machtbereichs der Eroberervölker, sieht er als positiv und als Begründung für die Herrschaft. Hierzu bezieht er sich auf das römische Reich, wo Kaiser Caracalla 212 n. d. ü. Ztr. allen frei geborenen

Einwohnern des Imperium Romanum das römische Bürgerrecht gegeben hatte, wonach die Mehrzahl der römischen Kaiser aus den Provinzen stammten. Zu dem Zeitpunkt war Rom aber nicht mehr stark und hatte längst – was in den Germanenkriegen 200 Jahre vorher deutlich geworden war – seinen Höhepunkt überschritten. Die Briten waren weit davon entfernt, die eroberten Völker zur Herrschaft in ihrem Empire zuzulassen, und konnten jahrhundertlang ihr Weltreich behaupten, bis sie sich im zweiten Weltkrieg selbst zugrunde richteten. Die USA verschmolzen zwar aus Einwanderern verschiedener Völker Europas; Todd verschweigt aber, daß dies nur so lange klappte, solange zu 90 % Einwanderer aus den germanischen Völkern kamen. Indianer und Schwarze wurden nicht integriert, und sind es bis heute nicht. Der Großteil der Einwanderer heutzutage wird von Mexikanern, Asiaten und Puertoricanern gestellt; diese wollen sich nicht integrieren. Das nichtuniversalistische Dritte Reich war so erfolgreich, daß es nur durch eine Koalition der stärksten Mächte der Welt in einem sechsjährigen Krieg niedergeworfen werden konnte. Universalismus kann – wenn die zu verschmelzenden Elemente sehr ähnlich sind oder nur in geringer Zahl vorhanden sind – machtstärkend wirken; ansonsten führt es (wie in Babylon schon in der Bibel als abschreckendes Beispiel geschildert, und in Ägypten, Griechenland, Rom u. a. zum Untergang von Völkern und Reichen geführt hat) zur Auflösung des Staatsvolkes in verschiedene Interessengruppen, damit Schwächung des Staates und Machtverlust. Dies hat Todd nicht erkannt. Auch der kommunistische Universalismus hat die aus vielen Völkern bestehende Sowjetunion nicht zusammenhalten können, ebensowenig wie es in Jugoslawien oder vorher in Österreich-Ungarn (wo ganz bewußt keine Germanisierung durchgeführt wurde) gelungen ist.

Auch die Araber – anders als die Juden, die sich inzwischen zur Hälfte mit Nichtjuden in den USA ehelich verbinden – sind in den USA von der Integration ausgenommen. Erstaunlicherweise schreibt Todd: „Die Treue Amerikas zu Israel ist für die Spezialisten der strategischen Analyse ein großes Rätsel.“ (S. 146). Er wundert sich, warum Brzezinski Israel überhaupt nicht erwähnt, obwohl diese Bindung an Israel doch dazu führe, daß die Vereinigten Staaten eine gegnerische Beziehung zur arabischen Welt und zur muslimischen Welt insgesamt aufgebaut haben (S. 146). Dies erscheine um so verwunderlicher, als das Unrecht, „das den Palästinensern tagtäglich angetan wird durch die israelische Besetzung ihrer Gebiete“, ein „tägliches Verstoß gegen das Prinzip der Gleichheit, das doch zur Basis der Demokratie gehört“, sei. (S. 146). Nun, ein Geheimnis ist dies nicht, wenn wir auf das unten erwähnte Scharon-Zitat abstellen. Die jüdische Eigentümerschaft bei maßgeblichen Zeitungen wie Washington Post und New York Times, den jüdischen Besitz von Nachrichtensendern usw. verharmlosend sagt Todd: „Alle Deutungen, die auf die Rolle der Juden in den Vereinigten Staaten abheben und betonen, daß sie großen Einfluß auf den Ausgang der Wahlen hätten, enthalten ein Körnchen Wahrheit. Das ist die Theorie von der „jüdischen Lobby“ (S. 147). Sie enthalten nicht nur ein „Körnchen Wahrheit“, sondern die ganze Wahrheit, weil es für die USA – die ansonsten lediglich egoistisch handeln – ein geopolitischer Wahnsinn ist, sich 1,3 Milliarden Menschen dieser Erde zum Feind zu machen, obwohl Israel keinerlei geopolitische oder ökonomische (Bodenschätze) Bedeutung hat. Als weiteren Grund gibt Todd zurecht den christlichen Fundamentalismus, der hinter Bush steht, an, der geradezu ein „Herz für den Staat Israel entdeckt“ habe, als Gegenstück zu „ihrem Haß auf den Islam und die arabische Welt“. (S. 148). Dies sei desto verwunderlicher, weil 3/4 der amerikanischen Juden nach wie vor politisch links stünden, die Demokraten wählten und die christlichen Fundamentalisten fürchteten. Inzwischen merkten aber viele Juden: „Ein Protestant mit einem einigermaßen wortwörtlichen Verständnis der Bibel identifiziert sich mit dem Volk Israel.“ (S. 151). Obwohl selbst Jude, wundert er sich, daß die Juden sich in den USA nicht über ihre gelungene Integration freuen: „Diese privilegierte Bevölkerungsgruppe pflegt einen beunruhigenden, um nicht zu sagen neurotischen Kult um den Holocaust. Unermüdlich ge-

denken die Juden in Amerika des Mordens, dem sie entgangen sind. Unaufhörlich kritisieren sie den wachsenden Antisemitismus weltweit, und sie machen sich um alle Gemeinden in der Diaspora, vor allem in Frankreich, mehr Sorgen als die Gemeinden selbst... Die fortbestehende Angst der Juden in Amerika, dem Land mit der angeblich „allmächtigen jüdischen Lobby“, hat etwas Paradoxes.“ (S. 152).

Todd wirft der amerikanischen Diplomatie „katastrophale Fehler“ vor, indem es zwar konsequent Rußland zu destabilisieren suche, aber gleichzeitig die europäischen Bündnispartner demütige und vernachlässige, Japan mit Herablassung begegne, unermüdlich China provoziere und Iran zur angeblichen Achse des Bösen zähle. Dies ist aber nicht als „Tolpatschigkeit“ oder als „Logik“ (S. 167 f) zu sehen, weil – wie Todd meint – das wahre Amerika so schwach sei, daß es nur mit militärischen Zwergen eine Konfrontation suchen könne. Was die Amerikaner immer gehabt haben, ist ein ungebrochenes Selbstbewußtsein, das in vielen Fällen mit der Realität nicht übereinstimmte. Sie halten sich tatsächlich – ohne es zu sagen – für eine Macht, die den ganzen Erdball beherrschen könne, so wie es ein Präsident selbstbewußt sagte: „Was wir wollen, das passiert.“ Aus dieser Arroganz heraus sind sie nicht in der Lage – und insoweit ist Todds Vergleich der „Politik“ Wilhelm II. mit der amerikanischen Politik durchaus zuzustimmen –, die Kräfteverhältnisse richtig wahrzunehmen. Deswegen meinen die USA auch, überall Kriege führen zu können, und trotz der völligen Aussichtslosigkeit einer Besiegung Chinas wird allen Ernstes bei amerikanischen Politikern angedacht, ob man nicht einen Präventivkrieg gegen China führen solle, bevor es zu stark werde. Falls Amerika durch ein funktionierendes Raketenabwehrsystem in der Lage sein sollte, andere Länder durch Raketen atomar zu verwüsten, ohne von deren Raketen einen Gegenschlag befürchten zu müssen, ist die Gefahr der Zerstörung Rußlands oder Chinas durch einen atomaren Erstschlag seitens der USA erheblich, wobei sich irgendein Grund für die Amerikaner noch immer hat finden lassen, wenn sie Krieg führen wollten. Dies auch deswegen, weil bei der gegenwärtigen Förderquote für Erdöl in den USA ihre Reserven bis zum Jahr 2010 erschöpft sein werden, und schon 1999 erheblich mehr Erdöl importiert wurde, als im eigenen Land gefördert wurde.

Todd begrüßt das Erstarken Rußlands unter Putin, der stabile Strukturen herstellt, da Rußland als Gegengewicht gegen die USA dringend gebraucht werde. Rußland könne wegen seiner Bodenschätze als von der Außenwelt von Natur aus unabhängig gesehen werden, so daß es eine viel unangreifbare Stellung als die USA habe, denn Rußland ist nicht auf Energiezufuhr aus der andere Welt angewiesen, anders als die USA, so daß die Russen prinzipiell friedlich sein könnten.

Soweit sich Todd hinsichtlich Deutschland über den „Gehorsam der Führung im wichtigsten Protektorat im Westen“ wundert, wobei er den Grund darin sieht, daß die Demonstration militärischer Übermacht durch das Zerstören der deutschen Städte zwischen 1943 und 1945 der Grund sei, ist dies nicht so; zunächst war es die am eigenen Leib erlebte sowjetische Bedrohung, später die Folge der Umerziehung nach 1945, die diese Vasallenhaltung hervorrief. Erst Schröder, der zur 68er Generation gehört und in seiner Jugend gegen den Vietnamkrieg demonstriert hatte, vertrat eine andere Politik, sofort konterkariert von der in den alten Gangschienen handelnden CDU unter Merkel.

Damit Europa sich gänzlich aus der Abhängigkeit der USA befreien kann, fordert Todd einen Aufbau der nuklearen Schlagkraft in Europa. Dann könnten die USA nicht mehr von Europa schmarotzen. Während in Europa Einverständnis für ausgewogene Wirtschaftsweisen vorhanden sei, sei dies bei den Amerikanern nicht gegeben, die ein jungfräuliches, an Bodenschätzen reiches und fruchtbares Land besiedelt hätten. „Von jeher verlief Amerikas Wirtschaftsentwicklung über die Auslaugung

seiner Böden, die Verschwendung seines Öls und die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte im Ausland.“ (S. 221). Die amerikanische Mobilität (17,5 % der Einwohner wechseln beispielsweise gegen 9,5 % in Japan ihren Wohnsitz) wird als Beweis für wirtschaftliche Dynamik gepriesen; die Japaner produzieren pro Kopf aber doppelt so viel. Todd proklamiert mehr europäische Eigenständigkeit, und – für einen Juden bemerkenswert – erklärt er: „Allerdings kann Europa die Unruhe, welche die Vereinigten Staaten mit Israel in der arabischen Welt stiften, nicht auf Dauer hinnehmen. Die wirtschaftliche Realität legt nahe, daß der arabische Raum in eine Sphäre der Kooperation eintreten muß, die sich um Europa zentriert und die USA weitgehend ausschließt. Die Türkei und der Iran haben vollkommen begriffen, wo ihre wirtschaftliche Zukunft liegt... Mit Blick auf den Islam werden die USA zu einem immer konkreteren Störfaktor. Die islamische Welt versorgt Europa zu einem bedeutenden Anteil mit Zuwanderern: Pakistaner in Großbritannien, Nordafrikaner in Frankreich, Türken in Deutschland, um nur die wichtigsten Gruppen zu nennen. Die Kinder dieser Einwanderer sind Staatsbürger ihrer Gastländer, neuerdings auch in Deutschland, wo ein neues Zuwanderungsgesetz die Einbürgerung erleichtern soll. Friedliche und einvernehmliche Beziehungen sind für Europa so nicht nur wegen der geographischen Nähe zu islamischen Ländern, sondern auch zur Sicherung des inneren Friedens notwendig. Die Vereinigten Staaten treten hier als innere und internationale Unruhestifter auf.“ (S. 232 f).

Die Ausführungen von Huntington und Brzezinski wurden deshalb so breit dargestellt, um deutlich zu machen, wo wir als Deutsche künftig zu stehen haben. Huntington hat ja die westliche Wertegemeinschaft beschworen, Religionskriege vorausgesagt und behauptet, die Europäer seien auf Gedeih und Verderb mit den USA verbunden. Nun – die Nibelungentreue zum verwandten, aber als Vielvölkerstaat konfliktbehafteten Österreich-Ungarn hat den Sturz des zweiten Deutschen Reiches bewirkt und sollte uns Warnung sein. Rußland ist eine sehr viel „weißere“ Nation als die USA, so daß man uns auch nicht mit dem Argument, bei der Unterstützung der USA müßten die Weißen zusammenhalten, kommen möge; die USA betreiben konstant eine den Russen feindliche Politik seit etlichen Jahrzehnten. Der Wille Amerikas, seine Weltherrschaft aufrechtzuerhalten und wirtschaftlich die ganze Welt auszubeuten, muß zu einer Vielzahl von Konflikten und Kriegen führen. Die amerikanische Unterstützung Israels und Bekämpfung der islamischen Staaten, deren Erdölvorräte sich die USA unter den Nagel reißen wollen, hat zu einem tiefsitzenden Haß gegen die USA und alle ihre Verbündeten (siehe die Bombenanschläge in den Bahnen in Spanien) bei den Muslimen geführt. Die bisherigen Terrorakte sind sicherlich der Vorbote von weiteren. Terror kann man nicht dadurch bekämpfen, daß man Sicherungsmaßnahmen verstärkt; der Terrorist kann jederzeit und überall zuschlagen, so daß selbst in dem total militarisierten Israel so etwas nicht zu verhindern ist, obwohl Israel so viele Subventionen aus dem Ausland erhält, wie es kein europäischer Staat und auch nicht die USA bekommen würden, um ihre Sicherheitsstrukturen zu verbessern. Israelis versuchen überall in der Welt Deutschlands Ansehen zu untergraben; Israels Unterstützung liegt daher nicht in unserem nationalen Interesse, und der religiöse Auserwähltheitswahn kollidiert mit unserem heidnischen Selbstbewußtsein. Um die auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion liegenden Rohstoffe auszubeuten, unterstützt Amerika nachhaltig eine Schädigung Rußlands, wohingegen es in deutschem Interesse ist, schon wegen der Besetzung ostdeutscher Gebiete durch Polen und Tschechien und Polens chauvinistischem Größenwahn auf weitere Gebiete von Mitteldeutschland bis nach Schleswig-Holstein hinein, ein gutes Verhältnis zu Rußland zu bekommen. Die Deutschen sind – weil wir in unserer chinesischen kleinen Kolonialecke in der kurzen Zeit sehr viel mehr aufgebaut haben als wir an Erzeugnissen aus dem Lande entnommen haben, ferner 1937 viele Chinesen durch einen deutschen Konsul vor dem Abschlachten durch die Japaner gerettet wurden – in China außerordentlich beliebt, und man wird in der chinesischen Presse – anders als

über England, Frankreich, die USA oder Rußland – kein schlechtes Wort über Deutschland finden, anders als in der israelischen oder angelsächsischen Presse. Es kann deshalb nicht in unserem Interesse liegen, diese freundschaftlichen Beziehungen durch eine Unterstützung der amerikanischen „Eindämpfungspolitik“ gegen China zu gefährden. Hinzu kommt, daß in Israel ein unversöhnlicher Haß gegen Deutschland gepredigt wird, der sich in den US-Medien ebenso wie in Großbritannien ungehindert austobt, gemacht von den Glaubensgenossen der Israelis in den angelsächsischen Ländern. Kein Geringerer als Ariel Scharon hat am 3. Oktober 2001 im israelischen Rundfunk den Kritikern seiner auf die Entrechtung und Vertreibung der Palästinenser ausgerichteten Politik entgegen gerufen: „Ich möchte Ihnen etwas sehr klares sagen: Fürchten Sie keinen amerikanischen Druck auf Israel. Wir, das jüdische Volk, kontrollieren Amerika, und die Amerikaner wissen das.“ („We the Jewish people, control America, and the Americans know it.“).

Die christliche Kreuzfahrermentalität im Nahen Osten – so jedenfalls Brzezinski verschleiern, indem er erklärte, Amerika müsse verhindern, daß Europa dort eine andere Politik betreibe – wird also anhalten und zu weiterem Haß, weiteren Kriegen, weiteren Bombenangriffen gegen „Schurkenstaaten“ (und als Gegenschlag Attentaten) führen. Die sogenannten Neokonservativen haben nicht nur Syrien und den Iran im Visier, sondern weisen darauf hin, daß das Al-Kaida-Netzwerk in Saudi-Arabien gegründet sei, weswegen man vielleicht besser das saudische Königshaus absetzen und eine eigene Herrschaft dort übernehmen solle. Es geht letztlich darum, sämtliche arabischen Anrainerstaaten um Israel herum durch amerikanische Truppen besetzen zu lassen, damit diese dann den Schutz nach außen für Israel übernehmen können, wohingegen Israel sich darauf konzentrieren kann, die Palästinenser zu vertreiben, zu dezimieren und zu liquidieren, wie es tagtäglich geschieht. Der einzige Verdienst Schröders in seiner so erfolglosen Kanzlerschaft war die klare Absage an eine militärische und finanzielle Unterstützung des Irak-Krieges; das hat Deutschland viele Sympathien, die im arabischen und muslimischen Bereich insgesamt durch eine langjährige deutsche Unterstützung Israels verloren waren, wieder gewonnen. Da nicht nur die jüdischen „Neokonservativen“ in den USA eine antiarabische Politik betreiben, sondern die christlichen Fundamentalisten um Bush wegen der Ausführungen im Alten Testament, daß die Juden berechtigt seien, die Palästinenser auszurotten und zu vertreiben, keinen Widerstand gegen dergleichen Pläne leisten, da dies ja von Gott so gewollt sei, sondern dies sogar noch unterstützen, ist ein dauerhafter Konflikt vorprogrammiert, der – wie bei Schwachen ganz natürlich – sich im Gegenterror äußern wird. Die Selbstmordattentäter aus Palästina opfern ihr eigenes Leben, und dies zeigt, wie verzweifelt sie die Situation ihres Landes, das seit fast vier Jahrzehnten von Israel nach einem kriegerischen Einmarsch besetzt worden ist, und trotz etlicher UNO-Resolutionen nicht geräumt wird, sehen. Bei solcher Verzweiflung, wo selbst Frauen sich opfern, können die Attentate nicht mit Sicherheitsmaßnahmen bekämpft werden, sondern nur dadurch, daß die verzweifelte politische Lage der Menschen verbessert wird, mithin, daß Palästina ein eigener selbständiger Staat ohne israelische Besatzung wird, und die 400 000 israelische Siedler, die von Israel mit amerikanischen Geldern in Palästina in den letzten 35 Jahren angesiedelt worden sind, nach Israel zurückzukehren haben. Anders kann es keinen Frieden im Nahen Osten geben, und wenn es diesen Frieden nicht gibt, wird es Bomben, vielleicht sogar noch viel schlimmere Anschläge mit viel größeren Auswirkungen in den Ländern geben, die die jüdisch-amerikanischen Pläne zur Ausmerzungen der Palästinenser unterstützen. Wir dürfen uns keinesfalls hinter diese christlichen Kreuzfahrerbemühungen Amerikas stellen, und wir müssen jegliche Konfrontation mit den Muslimen in dieser Frage vermeiden! Wir als deutsche Heiden sollten deutlich machen, daß für uns die Bibel mit den Ausrottungsaufforderungen an die Juden zwecks Vertilgung aller Nachbarvölker keine heilige Schrift ist, daß wir das Alte Testament als ein zum Völkermord aufforderndes Buch ansehen, daß wir den christlichen Fundamentalismus als eine

Gefahr für den Weltfrieden sehen, so wie schon heute mehr als 2/3 der Europäer in Israel die größte Gefahr für den Weltfrieden sehen, und an zweiter Stelle die USA gesetzt haben. Wir haben nicht die Macht, die Amerikaner an der Führung ihrer Kriege, Bombardierungen, CIA-Aufstandsfinanzierungen und dergleichen zu hindern; es liegt aber weder im deutschen noch im heidnischen Interesse, dies in irgendeiner Art und Weise zu unterstützen. Wir müssen deutlich machen, daß wir für die Wahrung unseres germanischen Kulturerbes hier in Deutschland eintreten, daß in islamischen Staaten aber selbstverständlich die Bevölkerung das Recht hat, sich so wie von ihnen gewünscht islamisch auszurichten und die Scharia zu praktizieren, christliche Mission zu erschweren, das Tragen von Kreuzen in der Öffentlichkeit zu verbieten und dergleichen. Dies erregt immer wieder christliche Fundamentalisten im Westen, kann und muß uns aber gleichgültig lassen, weil wir keine fremden Völker missionieren wollen. Genauso ist es, wenn in China halbchristliche Sekten, die mit dem Geist des Konfuzianismus nicht übereinstimmen, verfolgt werden; auch dies ist chinesische Angelegenheit und hat nicht zu Protesten unserer Regierung wegen angeblicher oder tatsächlicher Menschenrechtsverletzungen zu führen. Deutschland ist in zwei Weltkriegen nahezu ausgeblutet; wir können uns nicht leisten, in neue blutige Weltkriege verwickelt zu werden. England hat sein Weltreich verloren, „Great Britain“ ist zu „Little Britain“ geworden, weil es sich 1939 zur Kriegserklärung gegen Deutschland drängen ließ. Wir dürfen einem solchen Druck unserer „Freunde“ nicht nachgeben! Wir haben den Amerikanern auch nicht dankbar für irgend etwas zu sein. Wir sind 1945 nicht befreit worden, sondern besiegt, Deutschland ist zerstückelt und aufgeteilt worden, rein deutsche Gebiete sind abgetrennt worden, die Amerikaner und die Briten haben zugestimmt, daß ein Viertel von Deutschland unter fremde Herrschaft gestellt und die Bevölkerung unter blutigsten Umständen vertrieben wird, große Teile der deutschen Industrie wurden von Amerika und England abmontiert, das deutsche Auslandsvermögen wurde einkassiert, die deutschen Patente im Wert von über 20 Milliarden Mark eigneten sich die Amerikaner an. Die etwas über eine Milliarde Dollar Marshallplan-Mittel, die Deutschland erhielt, waren Kredite, mit denen wir dann in den USA Waren kaufen „durften“, weil die amerikanische Kriegswirtschaft auf Frieden umschalten mußte, um die Arbeitslosigkeit dort nicht zu sehr hochschnellen zu lassen. Die Kredite haben wir zurückgezahlt, und das war im amerikanischen Interesse, genauso wie die Luftbrücke nach Berlin, die im übrigen gar nicht nötig gewesen wäre, wenn nicht die USA mit ihren massiven Hilfslieferungen sofort nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges den Zusammenbruch der Sowjetunion verhindert hätten. Die Care-Pakete, die von Amerika-Deutschen ins Mutterland geschickt wurden, verpflichten uns auch nicht zur Dankbarkeit gegenüber den USA, die zusammen mit den Briten mit ihren Flächenbombardements über eine halbe Million Frauen und Kinder in deutschen Wohngebieten umgebracht haben und eine Million deutscher Kriegsgefangener in Lagern nach Kriegsende haben verhungern lassen. Wir brauchen den Amerikanern also nicht dankbar zu sein, wir schulden ihnen keine Nibelungentreue, und es liegt in unserem Interesse, genauso wie beim letzten Irakkrieg uns aus jedem weiteren Krieg der Amerikaner herauszuhalten, notfalls unter Austritt aus der NATO, um unser Land nicht terroristischen Repressalien (gegen die uns die USA nicht schützen können) auszusetzen.

Huntingtons Sirenenklänge von der „westlichen Kultur- und Wertegemeinschaft“ hören wir wohl; wir müssen uns aber die Ohren verstopfen. Amerika wird an seinen inneren Rassenspannungen, seinem Multikulturalismus und seiner wirtschaftlichen Unfähigkeit (ohne den ständigen Zustrom von Milliarden und Abermilliarden an Kapital sowie Technikern, Wissenschaftlern und Forschern wären die USA längst zusammengebrochen) schneller seine Weltmachtrolle verlieren, als wir uns heute noch vorstellen können. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns an dem sinkenden Schiff festzubinden. Es liegt im Interesse der deutschen Heiden, daß hier eine eigenständige, an den In-

teressen unseres Landes ausgerichtete Politik getrieben wird, die für eine stabile Friedensordnung in diesem Raume sorgt. Amerika mit seinen „kulturellen Errungenschaften“ Fastfood, Popmusik, Fernseh-Seifenoperserien und Multikulturalismus hat nichts, was nachahmenswert wäre. Je schneller die Macht Amerikas sinkt, desto friedlicher kann die Welt leben. Ob durch Sendungen in tschechischer Sprache auf Radio Free Europe, durch Entsendung von Militärberatern nach Georgien oder durch die Einrichtungen von Militärbasen im ehemals sowjetischen Mittelasien: Immer versuchen die Vereinigten Staaten, Konflikte zu schüren. Die USA könnten ganz einfach durch Einstellung jeglicher Zahlung und Militärhilfe für Israel einen Friedensprozeß im Nahen Osten in Gang bringen, weil die „Groß-Israel-Politik“ für keine israelische Regierung mehr finanzierbar wäre. Die USA lassen es sich viel Geld kosten, um zunehmend mehr Kriege auf der Welt entstehen zu lassen. Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß gerade eine sozialdemokratische Regierung die Bundeswehr umbaut, so daß sie nicht mehr zur Verteidigung des eigenen Landes, sondern als Eingreiftruppe überall in der Welt dient, um künftig Hiwis für die Amerikaner zu spielen.

Je schneller die Nordamerikaner lernen, daß sie schon in einigen Jahren keine Weltmacht mehr sein werden, und daß sie deswegen mit ihren Kräften haushalten müssen, desto besser ist es für den Frieden der Welt.

Im übrigen ist nach meiner Auffassung „der Westen“ kein Abgrenzungskriterium. Was Huntington nicht erwähnt, was aber in den Debatten der letzten 20 Jahren immer wieder eine Rolle gespielt hat, sind Formulierungen wie „Aufstand der Dritten Welt“, oder aber „Entwicklungsländer gegen entwickelte Länder“ oder aber „Nord-Süd-Konflikt“. Der Begriff „Dritte Welt“ ist zwischenzeitlich auch überholt, weil mehrere früher dazu gerechnete Länder wie Indien oder China zwischenzeitlich Großmachtstatus sowohl wirtschaftlich wie militärisch erreicht haben. Bei dem Begriff „Entwicklungsländer“ ist nicht hinreichend unterschieden worden zwischen solchen Ländern, die die geistigen und willensmäßigen Voraussetzungen zu einer Entwicklung haben, und solchen Ländern, die dauerhaft keinen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen können. Aus dem Begriff „Nord-Süd-Konflikt“ wird schon deutlich, daß bei künftigen Auseinandersetzungen auch Rassenfragen eine Rolle spielen können. Allerdings wäre es falsch, nun zu glauben, mit Rücksicht auf den Zustrom von Farbigen nach Europa und in die USA würde aus gemeinsamer Solidarität heraus ein Einvernehmen zwischen allen weißen Völkern oder Staaten entstehen. Wir haben schon gesehen, daß Huntington den von Rußland dominierten weiß-orthodoxen Bereich ausklammert bei seiner Forderung nach Solidarität. Nicht nur Adolf Hitler, sondern auch zahlreiche Bevölkerungswissenschaftler haben vor einem zweiten Weltkrieg, der Selbstzerfleischung Europas und den negativen Folgen gewarnt; das hat blindwütige Hasser wie Churchill, Vansittart, Hoare u. a. nicht daran gehindert, genau diesen Krieg für wünschenswert zu halten und darauf hinzuarbeiten. Die Engstirnigkeit, mit der Frau Thatcher u. a. Briten und Franzosen sowie italienische Staatsmänner die deutsche Wiedervereinigung zu verhindern suchten, zeigt weiterhin, daß von irgendeinem Umdenken in den anderen Völkern keine Rede sein kann. Genausowenig ist zu erwarten, daß in den USA eine Sicht, die von der reinen Beschauung des Bauchnabels abgeht und über den Tellerrand guckt, entstehen wird. Wir Deutschen haben immer den Fehler gehabt, aus einem Verantwortungsbewußtsein heraus auch für andere Völker zu denken und deren Interessen wahrzunehmen (z. B. Herder, Kant usw., auch Hitler, der die britische Festlandsarmee entkommen ließ, um das britische Weltreich nicht zu gefährden). Wir haben daraus immer die größten Nachteile gehabt, so daß nunmehr die anderen Völker und Staaten vorzuleisten haben, statt von uns wieder „Zurückstecken der eigenen Interessen für das große Ganze“ zu verlangen. Hinzu kommt, daß eine Abgrenzung der Sympathien oder Antipathien nach solchen Begriffen wie „Weiße, Schwarze, Gelbe“ nicht möglich ist. Die Anthropologie unter-

scheidet drei Großrassenkreise, die Europiden, die Mongoliden und die Negriden. Typologisch gehören zu den Europiden auch der allergrößte Teil der indischen Bevölkerung, ferner fast alle Muslime. Diese stellen aber eigene Kulturkreise dar, wie Huntington richtig erkannt hat. Recht hat Huntington damit, daß es sinnvoll ist, wenn es einen Kernstaat in einem Kulturkreis gibt, weil sich dann Konflikte entschärfen lassen. Seine Aufteilung der „Weißen Welt“ ist so aber nicht brauchbar. Die USA können realistisch in 20 oder 30 Jahren nur noch die Kernmacht eines angelsächsischen Kulturkreises sein, der aus England, Kanada und Australien sowie Neuseeland besteht. Rußland ist und wird bleiben die Kernmacht des slawisch-orthodoxen Teiles des Kontinents. Frankreich ist die Kernmacht des romanisch-katholischen Europas. Deutschland ist Kernmacht des germanischen Teils Europas (mit Ausnahme Englands). Natürliche Verbündete auf dem Kontinent, weil es dort nie Territorialstreitigkeiten gegeben hat, wären für uns Rußland, Weißrußland und die Ukraine. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß Großbritannien, Frankreich, Polen und Italien gegen die Wiedervereinigung waren, diese teilweise sogar aktiv zu verhindern suchten, wohingegen Rußland sie ermöglicht hat. Mitgespielt hat dabei sicherlich auch, daß es – anders als zwischen Deutschland und Großbritannien, Frankreich oder den USA – keinerlei handels- und industriepolitischen Gegensatz zwischen Deutschland und den großen slawischen Nationen in Vergangenheit oder Gegenwart gegeben hat.

Nordamerika, England und Australien werden in hundert Jahren – wenn dort nicht ein politischer Umsturz erfolgt – dasselbe Bevölkerungsbild bieten wie heute Südamerika und dann dieselbe finanzielle, wirtschaftliche und militärische „Leistungsfähigkeit“ wie die südamerikanischen Staaten besitzen. Teile der USA und Kanadas könnten nur überleben, wenn sie sich selbständig machen würden, was aber (vgl. den amerikanischen Bürgerkrieg) mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Jedenfalls kann es nicht in Frage kommen, daß wir Deutsche Fahnenträger der „westlichen Welt“ werden und mit ihr in den Untergang gerissen werden. Alle USA-Minister werden voraussichtlich in hundert Jahren nicht mehr wie Rumsfeld aussehen, sondern wie Powell oder die Sicherheitsberaterin Rice, und ihre Generäle wie der Chef der US-Truppen im Irak Sanchez. Im russischen Kabinett wird es aber auch in hundert Jahren – ohne daß es ein russisches Erwachen und eine an Rassenfragen ausgerichtete Politik geben müßte – voraussichtlich nur Minister geben, die – wie Putin – uns auf Anhieb als Verwandte sympathisch vorkommen. Wir dürfen uns nicht als „Bannerträger der westlichen Wertegemeinschaft“ für die US-Interessen verheizen lassen. Nicht nur den anderen Kulturkreisen mit europäischer Herkunftsbevölkerung gegenüber, sondern auch bei unseren Beziehungen zu anderen Kulturkreisen (besonders dem chinesischen, dem hinduistischen und dem islamischen) haben wir uns einzig und allein von unseren eigenen Interessen leiten zu lassen.

Gerechtigkeitshalber muß gesagt werden, daß Huntington nicht der erste gewesen ist, der die selbstgefällige Attitüde der US-Amerikaner: „Wir sind die Größten, uns kann nichts passieren!“ in Frage gestellt hat. Ihre Gefährdung, insbesondere wegen Veränderung der inneren Struktur – haben vor ihm James Burnham („The Suicide Of The West“ – 1964) und – unter Darlegung der Gründe für den Verfall – insbesondere William Gayley Simpson („Which Way Western Man?“ – 1978), nach ihm Patrick J. Buchanan („Der Tod des Westens – Geburtenschwund und Masseneinwanderung bedrohen unsere Zivilisation“ – 2002) dargelegt. Solange sie Rufer in der Wüste bleiben, besteht keine Veranlassung, unsere Haltung zu überdenken. Es waren die USA, die durch ihren Eintritt uns zwei Weltkriege verlieren ließen. Die Teilnahme an einem Dritten Weltkrieg der USA würde unser Volk auslöschen.

Was ist für unsere Wirtschaft und Finanzen besser: Die Freundschaft der muslimischen Welt oder die alljährlichen immer wieder erneuerten Forderungen und Zahlungen von Milliarden Euro wegen „Wiedergutmachung“ an immer neuen Holocaust-Fonds? Was ist für unser Selbstbewußtsein schädlicher, die Pflichtlektüre des Tagebuchs der Anne Frank in den Schulen, oder eine muslimische Schülerin mit Kopftuch? Hat die Sterilisierung des gesamten deutschen Volkes ein muslimischer Geistlicher gefordert, oder war dies Nathan Kaufman von der amerikanischen „Friedens-Liga“? Wer stellt die deutschen Soldaten als dumme Schlächter dar, die islamische Filmproduktion oder Hollywood-Regisseure? Wer hat die Wiedervereinigung zu verhindern versucht, der Rat der islamischen Staaten oder der jüdische Weltkongreß? Wer war für die Ermordung von einer halben Million deutscher Zivilisten durch Bombenterror auf die deutschen Städte verantwortlich, ein Kalif oder der aus rassistischen Gründen aus Deutschland emigrierte britische Unterstaatssekretär Lindemann? Wer wollte die Zerstückelung Deutschlands und den Hungertod von 20 Millionen, der Großmufti von Jerusalem oder Henry Morgenthau? Wer stand am 14.02.3804 in Dresden beim Trauerzug zum Gedenken an die Bombenopfer am Straßenrand mit jüdischen und amerikanischen Fahnen und den Transparenten: „Bomber Harris, do it again“ und „Oma und Opa waren Täter, keine Opfer“, islamische oder jüdische Einwanderer? Und wer würde sich am meisten freuen, wenn die im zweiten Weltkrieg noch zusammenwirkenden Araber und Deutschen sich in einem erneuten Kreuzzug gegenseitig umbringen würden? Lassen wir uns nicht als Kanonenfutter in einen christlichen Kreuzzug gegen die Muslime hetzen! Vor der muslimischen Zuwanderung nach Deutschland wird von manchen CDU-Politikern gewarnt und deren laufende Erhöhung angeprangert; aber dieselben Herrschaften erlaubten und ermöglichten, daß sich seit 1990 die Zahl der Juden durch Zuwanderung russischer Juden in Deutschland verachtfacht hat (von 33000 auf jetzt 270000 laut Mitteilung der evangelischen Nachrichtenagentur idea). Die Muslime haben sich in Deutschland jedenfalls in den letzten 14 Jahren nicht verachtfacht. Es muß unsere Aufgabe als deutsche Heiden sein, jeglichem Übergreifen des jüdisch-christlichen Fundamentalismus auf Deutschland entgegenzutreten, um unser Volk aus den Religionskriegen der Zukunft herauszuhalten!

[Deutsche Rubrik | Velesova Sloboda | 2006](#)